Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3556**

16. Wahlperiode 23. 11. 2006

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 26. bis 30. Mai 2006 in Paris, Frankreich

Inhaltsverzeichnis

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 26. bis 30. Mai 2006 in Paris, Frankreich, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation,

Abgeordneter Rainer Arnold (SPD),

Abgeordneter Ernst-Reinhard Beck (CDU/CSU),

Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),

Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),

Abgeordneter Jürgen Herrmann (CDU/CSU),

Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),

Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD),

Abgeordneter Hellmut Königshaus (FDP),

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU),

Abgeordnete Ursula Mogg (SPD),

Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDINS 90/ DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU),

Abgeordneter Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU),

Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),

Abgeordneter Bernd Siebert (CDU/CSU),

Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP),

Abgeordneter Jörn Thießen (SPD),

Abgeordneter Andreas Weigel (SPD),

Bundesrat

Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Delegationsleiter,

Minister Klaus-Jürgen Jeziorsky (CDU), Sachsen-Anhalt,

Senator Thomas Röwekamp (CDU), Bremen,

Minister Harald Schliemann (CDU), Thüringen,

Minister Dr. Ralf Stegner (SPD), Schleswig-Holstein,

Minister Dr. Gottfried Timm (SPD), Mecklenburg-Vorpommern,

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, dem 27. Mai, und am Sonntag, dem 28. Mai 2006, statt, die des Ständigen Ausschusses am Montag, dem 29. Mai 2006. Das Plenum tagte am Freitag, dem 26. Mai, und am Dienstag, dem 30. Mai 2006.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am 27. Mai 2006 unter dem Vorsitz des Abg. **Markus Meckel** (Deutschland).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen der Beratung waren Afghanistan und die Zukunft der Allianz, die Rolle der NATO für die Sicherheit in Zentralasien sowie der Iran als Herausforderung für die transatlantische Zusammenarbeit.

II. Generaldebatte zu aktuellen Themen

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) eröffnete die Aussprache mit Hinweisen auf die Themen, die im Vorfeld des NATO-Gipfels in Riga (Lettland) Ende November anstehen würden. Dringlich sei vor allem die Frage, wie die Allianz mit dem Wunsch Georgiens auf einen Mitgliedschafts-Aktionsplan (MAP) und mit den Beitrittswünschen von Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien umgeht. Der Umgang mit der Ukraine hänge in erster Linie von den innenpolitischen Entwicklungen ab. Des Weiteren müsse die Versammlung darüber entscheiden, wie sie sich Russland gegenüber verhalten wolle. Außerdem solle das Bündnis seiner Meinung nach die Auswirkungen der Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Indien erörtern. Beispielsweise ziehe es Konsequenzen für den Nichtverbreitungsvertrag nach sich. Der Ausschussvorsitzende kritisierte, dass die Vereinigten Staaten in dieser Frage keine Konsultationen innerhalb der NATO angestrebt hätten.

Abg. **Raphael Estrella** (Spanien) betonte, die Reform der NATO müsse zu mehr Stabilität führen, insbesondere die Rolle der Russischen Föderation müsse beachtet werden. Er warf die Frage auf, ob sich die NATO aufgrund des weltweiten Umfeldes zu einer globalen Sicherheitsagentur entwickeln solle. Hinsichtlich der Erweiterung müssten die Ziele des Bündnisses klar definiert werden. Man müsse darauf achten, dass keine Konflikte in die NATO gebracht werden. Ausschussvorsitzender Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) wies mit Blick auf die globalen Partnerschaften der NATO auf den Unterschied zwischen der NATO und einer Allianz gegen den Terror hin. Die NATO arbeite auch mit Staaten zusammen, deren Politik umstritten sei. Für eine Unterscheidung zwischen Mitgliedstaaten und Partnerschaften müssten letztere definiert werden. Die Allianz solle darauf hinarbeiten, mit der Russischen Föderation eine gemeinsame Wertebasis zu finden.

Senator **George Voinovich** (Vereinigte Staaten) warf der Russischen Föderation vor, Energie als Waffe gegen ehemalige Staaten der Sowjetunion einzusetzen. Abg. **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) erwiderte, Russland sei ein zuverlässiger Energielieferant. Die NATO spreche mit ihrer Energiepolitik ähnlich wie bei dem Nichtverbreitungsvertrag eine doppelzüngige Sprache. Die geplante NATO-Erweiterung habe insbesondere Konsequenzen auf die Beziehungen Russlands zur Ukraine und Georgien, die sich verschlechtern würden. Der Ausschussvorsitzende Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) wies darauf hin, dass die Politik der NATO gegenüber der Ukraine und Georgien eine Frage des Bündnisses sei und nicht der Haltung Russlands. Die Russische Föderation und die NATO seien Partner, daher sei nicht verständlich, warum die Russische Föderation ein Problem mit dem Beitritt ehemaliger Mitgliedsländer der Sowjetunion habe.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Afghanistan und die Zukunft der Allianz“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Stellvertretend für den Berichterstatter stellte Abg. **Nikolai Kamov** (Bulgarien) den Bericht vor. Er betonte die Bedeutung der Operation in Afghanistan, die einen erfolgreichen Abschluss des Einsatzes erfordere. Problematisch sei derzeit insbesondere die Sicherheit im Süden und Osten des Landes. Der Aufbau einer nationalen Armee schreite zwar voran, dennoch sei es möglich, dass die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe der NATO (ISAF) noch zehn Jahre vor Ort bleiben müsse. An der Operation im Norden und Westen des Landes seien derzeit alle 26 NATO-Mitgliedstaaten beteiligt, auch zehn Partnerländer der NATO leisteten einen Beitrag. Die Erweiterung nach Süden führe zu einem direkten Kontakt mit der von den Vereinigten Staaten geführten Operation „Enduring Freedom“ (OEF). Beide Operationen müssten klar voneinander abgegrenzt werden. Abg. Kamov betonte, dass die Mitgliedstaaten, die sich an der ISAF beteiligen, Mittel bereitstellen und ihre nationalen Vorbehalte einschränken müssten. In Zukunft müsse daher auch der Konfliktverhinderung größere Priorität eingeräumt werden. Insbesondere die NATO-Eingreiftruppe (NRF) müsse schnell verfügbar sein, und zwar auch für globale Katastrophenhilfe und humanitäre Einsätze.

Diskussion

Abg. **Rainer Stinner** (Deutschland), der mit der NATO PV-Delegation in Afghanistan war, stellte fest, dass die ursprüngliche Strategie des „light foot print“ nicht ausreichend gewesen sei. Die von den einzelnen Ländern bisher durchgeführten Aufgaben zum Aufbau der Justiz, der Polizei und der Bekämpfung des Drogenhandels seien nur unzureichend erfüllt worden, wohingegen der von den Vereinigten Staaten vorgenommene Aufbau der Armee sehr erfolgreich sei. Die Unterscheidung der OEF und der ISAF als Frieden erzwingende bzw. Frieden schaffende Missionen sei künstlich. Militärisch sei eine Zusammenlegung der beiden Operationen sinnvoll, politisch jedoch nicht gewünscht. Wichtig sei ein integrierter Ansatz bei der Sicherheitspolitik, insbesondere der Aufbau einer Infrastruktur müsse Priorität haben. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) betonte die Bedeutung der Operation für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses. Auch er forderte eine Abschaffung der nationalen Vorbehalte sowie eine bessere Kooperation zwischen der EU und der NATO. Auch Abg. **Paul Keetch** (Vereinigtes Königreich) forderte eine Einschränkung der nationalen Vorbehalte

und wies darauf hin, dass die ISAF nicht isoliert betrachtet werden dürfe. Im Berichtsentwurf solle daher das Verhältnis der ISAF zur OEF positiver formuliert werden.

IV. Vortrag von Albert Rohan, Stellvertretender Sondergesandter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den zukünftigen Status des Kosovo

Der stellvertretende Sondergesandte **Albert Rohan** wies auf die starren Positionen der Kosovo-Albaner einerseits und der Serben andererseits hin. Die Kosovo-Albaner streben ihre Unabhängigkeit an, während die Serben diese verhindern wollten. Bei den Verhandlungen müssten zunächst die praktischen Fragen, insbesondere der Dezentralisierung, der Rechte der Minderheiten, der Wirtschaft und der internationalen Präsenz geklärt werden. In der Frage der Dezentralisierung stellten sich die Serben eine autonome Region vor, wohingegen die Kosovaren einen ethnisch neutralen Bereich befürworteten. Die Serben planten zusätzlich die Gründung neuer Gemeinden. Die Frage des Schutzes der Kirchen, möglicherweise durch Einführung von Schutzzonen, müsse zudem geklärt werden. Die serbische Seite lehne Gespräche zu den Minderheitenrechten ab, solange der Status noch nicht geklärt sei. In wirtschaftlicher Hinsicht müssten Eigentumsfragen geklärt werden. Beide Seiten beteiligten sich zwar an den Gesprächen, das serbische Konzept sei jedoch realitätsfern, und sowohl Serben als auch Kosovaren zeigten keinen politischen Willen für Kompromisse. Nach weiteren Gesprächen könne jedoch die Kernfrage des Status bis Juli 2006 gelöst sein.

Diskussion

Nach Ansicht des Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) gibt es bei unveränderter Kompromisslosigkeit beider Seiten nur die Möglichkeiten, immer weiter zu verhandeln, oder aber durch die internationale Gemeinschaft eine baldige Entscheidung zu treffen. Für die gesamte Region sei es wichtig, die Zukunft des Kosovo zu klären. Abg. **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) erklärte, der seiner Meinung nach rechtswidrige NATO-Einsatz in Jugoslawien habe sein Ziel nicht erreicht. Ungelöst seien insbesondere die Fragen der Rückkehr der Flüchtlinge und des Wiederaufbaus. Nun müssten zunächst die Standards geklärt werden, bevor der Status festgelegt werde. Mehrere Delegierte, so auch Abg. **Ioannis Papantoniou** (Griechenland), hielten den vorgegebenen Zeitplan der Statusverhandlungen für zu knapp bemessen, insbesondere aufgrund der noch anhaltenden starken Präsenz internationaler Organisationen und der damit verbundenen fehlenden Unabhängigkeit des Landes. **Rohan** hielt eine schnelle Einigung jedoch prinzipiell für möglich, es sei nur eine Frage des politischen Willens.

V. Vortrag von Alexander Milinkewitsch, Führer der Vereinigten Demokratischen Kräfte Weißrusslands

Der Führer der Vereinigten Demokratischen Kräfte Weißrusslands, **Alexander Milinkewitsch,** wies darauf hin, dass die Wahlen in Weißrussland nicht demokratisch gewesen seien. Die Methoden der Führung des Landes hätten keine Zukunft und zu einer großen Distanz zwischen Bürgern und der Macht geführt. Die Opposition habe zwar nicht gewonnen, aber die Mentalität der Bevölkerung habe sich geändert. Mangels einer freien Presse sei dies ein großer Erfolg. Die Ziele der Opposition seien Transparenz und demokratische Wahlen. Erforderlich seien die moralische und wirtschaftliche Unterstützung durch das Ausland, letztere insbesondere für den Aufbau eines Satellitenfernsehens. Freie Medien seien die Grundlage der Demokratie, derzeit könne man aber nicht einmal russisches Fernsehen empfangen. Das Ausland müsse zudem den aufgrund ihrer Proteste entlassenen Arbeitern und exmatrikulierten Studenten helfen.

VI. Vortrag von James Sherr, Mitglied des Forschungszentrums Konfliktstudien, Verteidigungsakademie des Vereinigten Königreichs, zum Thema „Die Ukraine auf ihrem Weg in die NATO?"

James Sherr betonte die prekäre Lage, in die die Ukraine aufgrund der Krise um die russischen Erdgaslieferungen geraten sei. Die Regierung Juschtschenko habe die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllt. Das Land sei wieder anfällig nach außen und die Russische Föderation versuche erneut, die Geschicke der Region zu bestimmen. Die Ukraine sei jedoch eine uneingeschränkt offene Demokratie. Die Parlamentswahlen bedeuteten auch nicht die Rückkehr Janukowitschs. Die Stimmen, die der Regierung fehlten, seien nicht in dessen Lager gewandert. Wichtig für die Stabilität des Landes sei ein transparenter Energiesektor. Die NATO müsse klarstellen, dass ein MAP nicht automatisch zu einem Beitritt zur NATO führe. Die Nichteinbindung der Ukraine in einen MAP hingegen würde zu einem Rückschritt des Landes führen und Konsequenzen insbesondere für die Beziehung zu Russland haben.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften" über „Die Rolle der NATO für die Sicherheit in Zentralasien", vorgelegt von Berichterstatter Abg. Marco Minniti (Italien)

An Stelle des Berichterstatters stellte Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) den Berichtsentwurf vor. Er wies darauf hin, dass eine Ausbreitung der Konflikte in der Region die Instabilität Afghanistans verstärke. Zudem sei die Region von energiehungrigen Staaten wie China oder Indien umgeben. Der verbreitete islamische Radikalismus stelle ein zusätzliches Problem dar. Zwischen der NATO und den zentralasiatischen Staaten bestünden zwar Abkommen über Programme „Partnerschaft für den Frieden" (PfP-Programme), eine Mitgliedschaft in der NATO werde jedoch nicht angestrebt. Daher bestehe wenig Spielraum für einen politischen Wandel. Am fortgeschrittensten sei Kasachstan, wohingegen in Usbekistan das Regime seit 1991 eisern regiere und eine Opposition nicht zulasse. In Turkmenistan herrsche ein nahezu totalitäres

Regime, insbesondere bestehe keine Pressefreiheit. Vorhandene Reformbestrebungen könnten jedoch unterstützt werden. Hierzu sei auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU hilfreich.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Der Iran als Herausforderung für die transatlantische Zusammenarbeit“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Ruprecht Polenz (Deutschland), und anschließende Stellungnahme von Bruno Tertrais, Forschungsleiter bei der Stiftung für Strategische Forschung (FRS)

Die Vorstellung des Berichtsentwurfes erfolgte durch den Abg. **Paul Keetch** (Vereinigtes Königreich). Er betonte die Notwendigkeit einer transatlantischen Zusammenarbeit und eines Konsenses innerhalb der NATO, um eine Krise zu verhindern. Der Iran sei hinsichtlich seines Nuklearprogramms nicht ehrlich gewesen, die geplante Nutzung entspreche nicht dem Energiebedarf des Landes. Da der Zeitrahmen des Programms nicht bekannt sei, müsse der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) eine Entscheidung treffen. Die Vollendung des Programms werde eine allgemeine Aufrüstung zur Folge haben und es bestehe die Gefahr, dass Kernwaffen in die Hände von Extremisten kommen. Der Iran habe sein Programm bisher nur fortsetzen können, weil er es geschafft habe, die internationale Gemeinschaft zu spalten. Ein möglicher Militärschlag gegen Einrichtungen des Irans sei jedoch aufgrund der Unkenntnis über die nukleare Infrastruktur kontraproduktiv, zudem könne er zur Spaltung der NATO führen. Man müsse daher dem Iran Sicherheitsgarantien geben und ihm den Zugang zu den Kapitalmärkten erleichtern. Der Iran müsse jedoch im Gegenzug auf Tests seiner Mittelstreckenraketen verzichten. Darüber hinaus müsse das System des Nichtverbreitungsvertrages ausgeweitet und die Zivilgesellschaft insbesondere auch hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte unterstützt werden.

Der Vorstellung des Berichts folgte eine Stellungnahme von **Bruno Tertrais,** Forschungsleiter bei der Stiftung für Strategische Forschung (FRS). Seiner Meinung nach ist ein Kompromiss noch möglich, sofern die Vereinigten Staaten direkt mit dem Iran verhandeln und ein Militärschlag nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird. Zur Vermeidung einer Spaltung der NATO durch den Iran müsse ein Konsens angestrebt werden. Prinzipiell sei die NATO aber nicht der geeignete Rahmen für die Verhandlungen mit dem Iran. Besser geeignet seien die EU-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) oder die G8 (sieben führende Industrieländer und Russland; G8).

Diskussion

In der anschließenden Diskussion stellte Abg. **Angelika Beer** (Europäisches Parlament) fest, dass eine Lösung nur möglich sei, wenn der Iran über keine Nuklearwaffen verfüge und Israel gesichert sei. Das Europäische Parlament (EP) setze sich permanent für eine Verbesserung der Menschenrechte im Iran ein. Sie betonte, dass nicht die gesamte Bevölkerung hinter der Führung des Landes stehe. Nach Ansicht von Senator **George Voinovich** (Vereinigte Staaten) müssen alle verfügbaren Mittel ausgeschöpft werden. Der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Vereinigten Staaten mit Indien sei zwar nicht sehr günstig gewählt, aber politisch handele es sich um eine wichtige Vereinbarung, da Indien in die Nichtverbreitungs-Strategie miteinbezogen werde. Abg. **Jorge Neto** (Portugal) sah drei mögliche Vorgehensweisen. Man könne den Dialog fortsetzen, der vermutlich fehlschlagen werde, man könne Wirtschaftssanktionen beschließen, oder aber mit militärischen Mitteln eingreifen. Auf jeden Fall sei eine Federführung durch die VN besser als ein Eingreifen der NATO. Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) fragte, ob man mit einem Land, das die Menschenrechte bedrohe und gegen Verträge verstoße, überhaupt einen Dialog führen könne. Die NATO solle diese Rolle jedenfalls nicht übernehmen.

IX. Personalia

Die Ausschussmitglieder wählten Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) als Nachfolger von Abg. **Marco Minniti** (Italien) zum Berichterstatter.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 27. Mai 2006, unter dem Vorsitz des Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren der Zusammenhang von Energie und Sicherheit, Förderung von Wirtschaftswachstum sowie die Entwicklungen in China.

II. Vortrag von Botschafter John Ritch, Generaldirektor der „World Nuclear Association“, zum Thema „Richtige Energieerzeugung: Die wesentlichen Anforderungen an Sicherheit und umweltverträgliche globale Entwicklung“

Nur die Atomenergie sei in der Lage, den steigenden Energiepreisen, dem Wachstum der Weltbevölkerung und dem weiter stark zunehmenden Energiebedarf langfristig gerecht zu werden, leitete Botschafter **John Ritch** seinen Bericht ein. Herausforderungen seien der Wechsel zu umweltverträglichen Systemen, die Entwicklung und Verbreitung kostengünstiger Techniken sowie die Stärkung nationaler Energieautonomie. Viele der Umweltkatastrophen seien auf die Energieerzeugung und den hohen Verbrauch zurückzuführen. An dem globalen Klimawandel durch die Zunahme der Treibhausgase könne auch das Kyoto-Protokoll langfristig nichts ändern. Für eine deutliche Verbesserung wären Einsparungen von 50 bis 60 Prozent erforderlich. Das sei vor dem Hintergrund des enormen globalen Wirtschaftswachstums völlig unrealistisch.

Die Umweltprobleme würden in den nächsten Jahren nie gekannte Ausmaße erreichen. Der Ausbau der Atomkraftkapazitäten sei der einzige Weg, große Mengen sicherer Energie ohne Luftverschmutzung zu erzeugen. Auch erneuerbare Energien seien einzubeziehen, aber alleine nicht ausreichend. Ritch sprach sich für intensivere Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs aus. Die Lösung des Energieproblems sei aufgrund der umfassenden Auswirkungen die wichtigste Herausforderung der nächsten Jahre.

Diskussion

Abg. **André Rouvière** (Frankreich) hinterfragte den Zusammenhang von Klima und Energie. In der Erdgeschichte habe es Klimaänderungen auch ohne den Einfluss von Energieverbrauch oder -erzeugung gegeben. Das Streben nach Rentabilität um jeden Preis gehe auf Kosten der Umwelt. Deshalb könnte die Welthandelsorganisation (WTO) ein Forum für den Umweltschutz werden. Besteuerung von Umweltbelastungen und Anreize bei Reduzierung seien denkbar. Er vermisse im Bericht die Möglichkeiten von Energieeinsparung, den Schutz der Reserven sowie das Problem der atomaren Endlager. Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) erklärte, die Fokussierung auf nur eine Lösung sei nicht für alle Probleme gleichermaßen geeignet. Der Entwicklungsstand der Länder müsse berücksichtigt werden, Alternativen, z. B. Solarbrennöfen, könnten je nach den Gegebenheiten sinnvoller sein. Er wies auf die Schwierigkeit des Schutzes von Atomkraftwerken vor terroristischen Angriffen hin. Abg. Kurt Bodewig bekannte sich zum Kyoto-Protokoll und plädierte für einen Energiemix unter Einbeziehung erneuerbarer Energien und die optimale Ausnutzung der Ressourcen. Auch damit erreiche man Unabhängigkeit. Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) sagte, bei den Endlagern seien sowohl Aspekte des Umweltschutzes als auch der Sicherheit zu beachten. In Europa seien unter Berücksichtigung geologischer Unterschiede drei bis vier gemeinschaftliche Endlager sinnvoll. Für Abg. **Assimina Xirotiri-Aikaterinari** (Griechenland) böten erdbebengefährdete Regionen keine guten Voraussetzungen für die Nutzung von Kernkraft. Die Möglichkeiten der Energieeinsparung seien im Bericht zu kurz gekommen.

III. Bericht von Donald J. Johnston, OECD-Generalsekretär, zum Thema „Ergebnisse der Sitzung 2006 des OECD-Ministerrates und die Zukunft der Organisation“

OECD-Generalsekretär **Donald J. Johnston** bemerkte, durch den Beitritt von Korea, Polen und der Slowakei gehörten nunmehr 30 Länder der OECD an. Es gebe inzwischen Einigkeit darüber, die Politik verstärkt makroökonomisch auszurichten. Aus den Leistungsunterschieden der Länder ließen sich Rückschlüsse auf die durchgeführten Reformen und den nachhaltigen Anstieg des Wirtschaftswachstums ziehen. Strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt stünden aufgrund hoher Arbeitslosigkeit oft an erster Stelle. Dänemark und Australien hätten viel Erfolg mit der Flexibilisierung der Löhne und Abschaffung bzw. Reduzierung des Beschäftigungsschutzes erzielt. Einer der wichtigsten Schlüsselfaktoren für wirtschaftliches Wachstum sei die Förderung der Innovation und eine Stärkung der Interaktion zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Industrie. Politisch müssten der Rahmen für Investitionen geschaffen und strukturelle Veränderungen in der Steuer- und Abgabenpolitik durchgeführt werden. Ein offener Markt mit freiem Warenverkehr bringe langfristig mehr Entwicklung als Regulierungen, die zur Aufrechterhaltung zu hoher Wettbewerbshindernisse führen. Der demographische Wandel stelle viele Länder vor ernsthafte Probleme. Hier sei Migration ein Aspekt, Integration bliebe aber die Herausforderung. Deshalb müsse man nicht nur in Krisenzeiten reagieren, sondern rechtzeitig vorausschauend handeln. Abschließend befürwortete Johnston die Aufnahme von Russland in die OECD, weil es sich damit zur Einhaltung der Standards verpflichten würde.

Diskussion

Auf die Frage des Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) nach der Rolle des Währungsfonds und der Weltbank plädierte **Johnston** für mehr Koordination der beiden Institutionen und eine verstärkte Beobachtung der Wirtschaftsbewegungen. Abg. **Roy Cullen** (Kanada) hinterfragte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch als Messgröße, z. B. für Lebensqualität. **Johnston** antwortete, das BIP sei zwar für eine Beurteilung nach wie vor unerlässlich, es bedürfe aber einer Ergänzung durch andere Messgrößen (z. B. Sicherheit und Umwelt, soziale und gesellschaftliche Entwicklung), um sich ein umfassenderes Bild vom tatsächlichen Wohlergehen einer Volkswirtschaft zu verschaffen.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Energiesicherheit“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)

Erfolgreiche Energiepolitik sei eine wesentliche Komponente regionaler und globaler Sicherheit, erklärte Generalberichterstatter **Jos van Gennip.** Die zunehmende Nachfrage nach Energie, steigende Preise und ungleiche Verteilung der Ressourcen hätten weit reichende Auswirkungen auf die allgemeine Versorgung, die internationale Energiesicherheit, die globale Klimapolitik und die weltweiten außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen. Auch politische Faktoren beeinflussten die Energiemärkte: Zunehmende Importabhängigkeit führe zu einer stärkeren Berücksichtigung außen- und sicherheitspolitischer Motive. Politische Stabilität in den Regionen sei entscheidend für die Versorgungssicherheit. Fehlender Konsens in der europäischen Energiepolitik begrenze die Interventionsmöglichkeiten Brüssels für eine stabilere Versorgungssicherheit Europas, während vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der EU eine nationale Energiepolitik immer weniger möglich sei. Verstärkte Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, in Effizienzsteigerung und Umweltverträglichkeit seien nötig, um Diversifizierung

anzustreben. Die Gefahr möglicher Anschläge auf die Infrastruktur der Energieunternehmen mache ein mehrdimensionales Sicherheitskonzept dringend erforderlich. Er plädierte für eine erheblich engere politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen der EU, den Vereinigten Staaten, Russland und China. Die NATO sei im transatlantischen Dialog von entscheidender Bedeutung.

Diskussion

Abg. **Aziz Akgül** (Türkei) sah sein Land in einer wichtigen Rolle bei der Gewährleistung der globalen Versorgung mit Energie aufgrund seiner Öl- und Gasleitungen. Abg. **Victor Dobrodotski** (Russische Föderation) betonte, Russland habe seit 30 Jahren zuverlässig Energie an Europa geliefert. Der Vorwurf, man würde Druck auf die Länder ausüben, sei verfehlt. Abg. **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) warb für den Ausbau der Atomkraft, denn bei einer Reduzierung der Kapazitäten bestehe ein Risiko für die nationale Versorgungssicherheit. Abg. **Viktor Voitenko** (Russische Föderation) kündigte Änderungen zum Bericht an. Den Bedenken, eine Erdgaslieferung an China könnte die Versorgung Europas beeinträchtigen, widersprach er. Das Gas stamme aus einer anderen Region, nahe der chinesischen Grenze. Abg. **Ana Maria R. M. Gomes** (Europäisches Parlament) plädierte für mehr transatlantische Kooperation und Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

V. Beratung des Sonderberichtsentwurfs über „Überwachung der Verpflichtungen der G8 gegenüber Entwicklungsländern“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abg. Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Sonderberichterstatter Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, man sei mit einem Anteil von 0,23 Prozent vom BIP noch weit entfernt von der 2005 eingegangenen Verpflichtung, 0,75 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Er warb für eine wirksame parlamentarische Untersuchung der Entwicklungspolitik, eine stärkere Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen und mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Geld allein reiche aber auch nicht aus für eine nachhaltige Entwicklung, auch mikro- und makroökonomische Aspekte seien einzubeziehen. Afrikanische Probleme z. B. bräuchten afrikanische Lösungen, Erfahrungen seien nicht von Land zu Land übertragbar. Er sprach sich für eine stärkere Kooperation zwischen den Gebern aus. Für den Bericht bat er um Übermittlung konkreter *best-practice*-Beispiele.

Diskussion

Abg. **Ana Maria R. M. Gomes** (Europäisches Parlament) plädierte für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa. Die Gründe für die anhaltende Migration, Armut und Konflikte, seien auch Ursachen für Terrorismus. Entwicklungs- und sicherheitspolitische Aspekte stünden oft im Widerspruch zueinander. So seien die Vereinigten Staaten bei der Teilnahme eines Landes im Kampf gegen den Terrorismus finanziell großzügiger und nachsichtiger bei nationalen Problemen. In dem Bericht fehle die Rolle der Frauen in der Entwicklungspolitik, insbesondere bei den Mikrokrediten. Abg. **Aziz Akgül** (Türkei) ergänzte, die VN hätten das Jahr 2005 zum „Jahr der Mikrokredite“ ausgerufen. Er sagte eine Auswertung über die Wirkung dieser Kredite zu. Abg. **Marcel Proulx** (Kanada) erklärte, Entwicklungshilfe liege im nationalen Sicherheitsinteresse. Bei der Bekämpfung der Armut komme der Korruptionsbekämpfung eine besondere Bedeutung zu. Abg. **Abdelkrim Harchaoui** (Algerien) sagte, die Menschen in der Region südlich der Sahara riskierten ihr Leben, um nach Europa zu gelangen. Das sei eine humanitäre Katastrophe, die Armutsbekämpfung eine der größten Herausforderung für die Menschheit. Sonderberichterstatter Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) plädierte abschließend für eine stärkere Verbindung von Entwicklungs- und Sicherheitsfragen. Durch wirtschaftliche Entwicklung müssten die Lebensbedingungen in der Region verbessert werden.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Der Übergang in der Ukraine“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Magnus Hanson (Estland)

Berichterstatter Abg. **Magnus Hanson** (Estland) stellte die aktuelle Situation in der Ukraine dar. Die makroökonomische Stabilisierung, erste institutionelle Reformen und die Integration in den europäischen Markt seien viel versprechende Ansätze. Weitere grundlegende Reformen müssten aber noch umgesetzt werden. Europa müsse ein Anreizsystem schaffen, das die ukrainische Gesellschaft ermutigt, tief greifende politische und wirtschaftliche Reformen zu unterstützen. Die Gewährung weiterer Marktzugänge sollte an weitere Reformen gekoppelt werden. Er zeigte die politischen Entwicklungen seit den Wahlen im März auf und erwähnte die Reformen des Rechts- und Justizsystems. Langfristig werde eine Integration in die EU und die NATO mit Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und Kanada angestrebt. Abg. Hanson wies auf die Situation Anfang 2006 hin, als der russische Gaslieferant „Gasprom“ im Winter die Preise drastisch erhöhte und dann die Lieferung an die Ukraine unterbrochen habe.

Diskussion

Abg. **Victor Voitenko** (Russische Föderation) sagte, die erwähnte Gaspreisentwicklung sei auf normale Marktmechanismen zurück zu führen. Berichterstatter Abg. **Magnus Hanson** (Estland) entgegnete, der Anstieg der Preise in der Zeit der Wahlen deute eher auf eine politische Entscheidung hin. Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) sprach sich für eine Nachbarschaftspolitik mit verstärktem grenzüberschreitenden Handel aus. Er hob die Bedeutung der angebotenen EU-Twinning-Projekte hervor und warb für eine intensive Fortsetzung des Dialogs mit der Ukraine.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Die Herausforderungen von Chinas Entwicklung“, vorgelegt von Mitberichterstatter Abg. Petras Austrevicius (Litauen) und Mitberichterstatter John Boozman (Vereinigte Staaten)

Mitberichterstatter Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) machte die großen Einkommens- und Entwicklungsunterschiede für die sozialen Unruhen in Chinas ländlichen Gebieten verantwortlich. Das Wachstum gehe auf Kosten der Armen und auch der Umwelt. Die Regierung müsse die Entwicklung in Zentral- und Westchina vorantreiben, ebenso die soziale Bildung und Gesundheitsversorgung verbessern. Mitberichterstatter Abg. **John Boozman** (Vereinigte Staaten) betonte die Wichtigkeit der Handelsbeziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten. Seine Regierung sehe aber in den Bereichen der Eigentums- und Urheberrechte sowie der Handelsregeln noch Defizite. Der chinesische Militäraufbau habe um 22 Prozent zugenommen, darin liege eine geopolitische Bedrohung. Vom Wachstum in China profitierten aber auch viele Länder. Deshalb sei die Fortsetzung des Dialogs und der Kooperation wichtig.

Diskussion

Der Vorsitzende, Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten), begrüßte die anwesende chinesische Delegation. Der chinesische Botschafter in Frankreich, **S. E. Zhao Jinjun,** erklärte, seine Anwesenheit sei ein Zeichen für die gute Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und China. Die Lebensbedingungen aller Chinesen hätten sich durch das Wirtschaftswachstum deutlich verbessert. Eine Modernisierung und Spezialisierung der Landwirtschaft sei für dauerhafte und nachhaltige Entwicklung unerlässlich. Die Armut in den ländlichen Gebieten sei auch für die chinesische Regierung ein ernstes Problem. Abg. **Alessandro Forlani** (Italien) sah nach wie vor große Defizite bei den Menschen- und Grundrechten und im Umgang mit ethnischen Minderheiten. Religiöse Freiheit, Abschaffung der Todesstrafe und eine Entspannung der Zustände in Tibet und Taiwan seien nötig. Abg. **Hellmut Königshaus** (Deutschland) plädierte für unterschiedliche Schlussfolgerungen aufgrund der großen regionalen Entwicklungsunterschiede. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung sei vielen Chinesen noch immer verwehrt. Er hinterfragte die Notwendigkeit westlicher Finanzhilfen bei einer 10-prozentigen Wachstumsrate und enormen Devisenreserven der chinesischen Regierung. Schließlich prangerte er die sogenannten Laogai-Lager an; dort würden rund drei Millionen gefangene Regimegegner als kostenlose Arbeitskräfte in die Warenproduktion einbezogen. Mitberichterstatter Abg. **Austrevizius** (Litauen) sagte, die EU habe die Entwicklungshilfe für China stark reduziert, dagegen technische Unterstützung und Ausbildung intensiviert. Abg. **Victor Voitenko** (Russische Föderation) erklärte, Russland wolle mit Gaslieferungen die Energieversorgung Chinas verbessern, nicht aber Europa und China gegeneinander ausspielen. Er widersprach der Auffassung, beschleunigte Reformen im Politik- und Rechtssystem würden für eine größere Stabilität sorgen. Übereilte Veränderungen würden mehr soziale Unruhe stiften als Nutzen bringen. Das Wachstum in China sei Ergebnis einer ausgewogenen Politik. Beide Mitberichterstatter sprachen sich abschließend für eine vernünftige und ausgewogene Entwicklung des politischen Systems sowie der Rechts- und Wirtschaftssysteme aus. Reformen seien aber sowohl für Chinas nationale als auch die internationale Sicherheit notwendig.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Am Samstag, 27. Mai 2006, trat der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie unter Vorsitz von **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) zu seiner Sitzung zusammen.

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der eintägigen Sitzung waren der von Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) vorgelegte Generalbericht „Interoperabilität als Zielvorgabe: die Notwendigkeit einer transatlantischen Technologie-Kooperation“ sowie der Bericht des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ über „Die Nuklearpolitik des Iran“, der von Abg. **Diana Štrofová** (Slowakei) vorgestellt und zu dem auch eine Entschließung eingebracht wurde.

Als Gastredner war **Prof. Anoush Ehteshami,** Leiter der „School of Government and International Affairs“, Durham, eingeladen, zur Nuklearstrategie des Iran zu sprechen. Als Referenten des französischen Verteidigungsministeriums berichteten General **Philippe Lefort** und Oberst **Gilbert Botella** über die Transformation der französischen Streitkräfte und netzwerkgestützte Operationen.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Interoperabilität als Zielvorgabe: die Notwendigkeit einer transatlantischen Technologie-Kooperation“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Generalberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) betonte, dass seit dem Ende des Kalten Krieges das Problem der Fähigkeitslücke zwischen den Vereinigten Staaten und Europa im militärisch-technologischen Bereich bestehe. Mit der Prager Fähigkeitsverpflichtung – strategischer Lufttransport, Luftbetankung, Präzisionsschläge – habe die NATO klare Aufgaben zugeteilt; zusätzlich sei jedoch die Entwicklung vernetzter Operationsführung (NCW) im Zeitalter der Informationstechnologie unverzichtbar. Dafür müssten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den Technologietransfer erleichtern und wichtige technische Daten austauschen. Letztendlich sei das Ziel, eine übergreifende NCW-Architektur zu entwickeln, innerhalb derer sich alle Verbündeten in Echtzeit schnittstellenfrei einklinken können. Vor diesem Hinter-

grund sei in den Vereinigten Staaten eine Grundsatzentscheidung darüber zu fällen, ob die Vereinigten Staaten ihre nationalen Interessen eher dadurch gewahrt sehen, dass sie militärische Spitzentechnologie ihren Verbündeten zur Verfügung stellen, oder dass sie das Know-how für sich behalten im Vertrauen auf ihren immensen technologischen Fortschritt, dank dessen sie auch zukünftig ohne nennenswerte Unterstützung ihrer Verbündeten Krisen bewältigen.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion nannte Abg. **Jérôme Rivière** (Frankreich) einige Beispiele für die Konkurrenz auf technologisch-industriellem Gebiet zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Dabei wollte er auf amerikanischer Seite auch unfaire Praktiken ausgemacht haben. Einräumen musste er jedoch auch, dass angesichts der knappen Verteidigungsbudgets in Europa eine Kooperation auf dem Militärsektor unumgänglich sei.

Senator **Nolin** (Kanada) teilte die Auffassung seines französischen Kollegen und stellte fest, die Parlamente seien so lange gehalten, sich mit diesen Streitigkeiten zu befassen, wie wirtschaftliche Interessen geopolitische Erwägungen in den Hintergrund verbannten. **Baroness Ramsey of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) bemerkte zu dem Generalbericht, in erster Linie unterstütze Technologie den Menschen und nicht umgekehrt. Zweitens bedeute Interoperabilität nach ihrer Einschätzung die Schaffung gleicher Standards. Die eigentliche Gefahr sah sie darin, dass die NATO sich zu einer „Mehrklassenorganisation“ entwickeln könnte, sofern die einzelnen Bündnisländer auf der Entwicklung eigener Netzwerke beharren. Eindringlich plädierte sie für eine bündnisübergreifende Netzwerkarchitektur. Korrekturbedarf sah die britische Delegierte bei den Ausführungen des Berichterstatters zum europäischen Satellitennavigationssystem „Galileo“, das – so der Text – mit dem amerikanischen Globalen Positionssystem (GPS) ebenso kompatibel sei wie mit dem russischen System „GLONASS“. Im Gegensatz zu den beiden letztgenannten sei das europäische System ein ziviles Projekt und kompatibel mit den offenen Diensten anderer Systeme, nicht jedoch mit deren militärischer Anwendung.

Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) verwies auf die Schlussfolgerungen des Berichts, in denen eine rasche Realisierung der bündnisweiten Netzwerkarchitektur als Ziel genannt wurde und befürwortete uneingeschränkt diese Forderung. Voraussetzung dafür sei, dass die Amerikaner die Europäer stärker an ihren technologischen Fähigkeiten und Entwicklungen teilhaben lassen. Um diesem Petitum politisch mehr Nachdruck zu verleihen, plädierte er an seine Ausschusskollegen, die Zeit bis zur Quebec-Sitzung zu nutzen, um in den Parlamenten dafür zu werben; zusätzlich könnte ein Brief an die Verteidigungsminister der NATO-Länder und den Generalsekretär der Allianz das Projekt befördern. Sekundiert wurde sein Vorschlag von dem Ausschussvorsitzenden Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) und Senator **Nolin** (Kanada).

Eine kurze Filmpräsentation des Unternehmens „Cisco Systems Inc.“ illustrierte den Ausschussmitgliedern die Möglichkeiten vernetzter Einheiten auf dem Gefechtsfeld. Der Ausschussvorsitzende schloss den Tagesordnungspunk mit der Ankündigung, Cisco Systems demnächst zu besuchen.

III. Vortrag von General Philippe Lefort und Oberst Gilbert Botella zu den Themen „Die Transformation der französischen Streitkräfte“ und „Vernetzte Operationen“

Seit vielen Jahren bereits – so leitete General **Philippe Lefort** seinen Vortrag ein – habe der Transformationsansatz den Aufbau militärischer, vernetzter Systeme bestimmt. Dabei verstehe er unter Transformationen einen kontinuierlichen Anpassungs- und Optimierungsprozess unter Beachtung der Interoperabilität mit Frankreichs Partnerländern. Bei diesem Prozess bestimmten die militärischen Konzepte die technologischen Entwicklungen und nicht umgekehrt; immer stehe der Mensch im Mittelpunkt des Transformationsprozesses, der im Endeffekt darauf abziele, den Militärs Instrumente an die Hand zu geben, mithilfe derer sie schneller auf Vorkommnisse reagieren können. Voraussetzung dafür sei, dass alle auf gleicher „Wellenlänge sendeten“; gerade darin bestehe die immense organisatorische Aufgabe. Transformation fuße auf drei Säulen: Einheitlichkeit in der Organisations- und Befehlskette, Organisation neuer Fähigkeiten und schließlich auf effizienter Anpassung der menschlichen Ressourcen. Im Zentrum all dessen stehe der gut ausgebildete, motivierte Soldat. Grundvoraussetzung vernetzter Operationen seien belastbare präzise Informationen und eine kurze Entscheidungs- und Kommandokette.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion gab Abg. **Theresa Madurell** (Europäisches Parlament) zu bedenken, dass trotz optimaler Ausbildung der Soldaten menschliches Versagen ebenso wenig ausgeschlossen werden könne wie eine technische Panne. Diese Risiken – so General **Lefort** in seiner Replik – versuche man durch eine maßgeschneiderte Architektur zu minimieren.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ über „Die Atompolitik des Iran“, vorgelegt von Berichterstatterin Abg. Diana Štrofová (Slowakei)

Berichterstatterin Abg. **Diana Štrofová** (Slowakei) unterstrich einleitend, dass es nun nach jahrelangen Verhandlungen und Inspektionen an der Zeit sei, Entscheidungen herbeizuführen. Unverzichtbar seien dafür belastbare technische Daten, m. a. W., für ihr weiteres Vorgehen benötigten die politisch Verantwortlichen präzise Angaben darüber, welche Nuklearfähigkeiten der Iran gerade entwickele, wie groß das Risiko sei, diese Fähigkeiten zur Herstellung von Nuklearwaffen umzuwidmen und wie viel Zeit dafür benötigt werde. Mit ihrem Bericht wolle sie – so die Berichterstatterin weiter – ihren Ausschuss-

kollegen einen Überblick über die diversen Komponenten des iranischen Nuklearprogramms vermitteln und die daraus erwachsenden Risiken aufzeigen. Nach Expertenmeinung werde der Iran innerhalb der nächsten Jahre über die Fähigkeit verfügen, Kernwaffen herstellen zu können. Die Berichterstatterin äußerte ihre Überzeugung, dass noch ausreichend Zeit bleibe, den Iran in eine Zusammenarbeit einzubinden und damit eine Konfrontation zu vermeiden.

Diskussion

Abg. **Valeriu Buzea** (Rumänien) leitete die Diskussion mit der Frage ein, welche Rolle die NATO bei der Entschärfung der Krise übernehmen könne. Berichterstatterin **Štrofová** plädierte dafür, die Krise sehr ernst zu nehmen und die internationalen Initiativen zu ihrer Beilegung, wie z. B. den „Russischen Vorschlag“, nachdrücklich zu unterstützen. Dem pflichtete der Ausschussvorsitzende bei und betonte die Rolle der NATO PV bei den diplomatischen Bemühungen. Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) forderte nachdrücklich, dass der Iran in seinem Vorgehen, das ihn politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich isoliere, gestoppt werden müsse. Die internationale Wissenschaftskooperation mit dem Iran sei zum Erliegen gekommen; dem Iran müsse deshalb deutlich gemacht werden, dass er mit dieser Politik nicht zu einem Hightech-Land avancieren werde. Abg. **Jérôme Rivière** (Frankreich) erinnerte daran, dass alles mit einer Lüge begonnen habe, dem ein Vertragsbruch gefolgt sei, und nun in der Parole des iranischen Staatspräsidenten gipfele „Zerstör‘ Israel“. Letzteres verleihe der Krise eine besondere Brisanz.

Abg. **Bato-Zhargal Zhambalnimbujew** (Rumänien) bat um Korrektur in Paragraph 24 des Berichts. Der dort erwähnte und mit russischer Hilfe gebaute Reaktor „Bushehr“ bedeute keinen Bruch des Nichtverbreitungsvertrages. Im Übrigen liege der russische Vorschlag immer noch auf dem Tisch und Russland wisse sehr wohl, was auf dem Spiel stehe. Abg. **Danny Yatom** (Island) würdigte die Genauigkeit und Systematik des Berichts als solide Diskussionsgrundlage. Er gab dann zu bedenken, dass die iranischen Raketen bis nach Europa, die vom Typ „Shahab 3“ bis in die Türkei und nach Russland reichten. Beunruhigt zeigte er sich auch über das Bemühen des Iran, Raketen mit noch größerer Reichweite – bis zu 5 000 km – bauen zu wollen. Anbetrachts der israelischen Auffassung, dass Irans Raketenprogramm bald einsatzfähig sei, sah er das Zeitfenster für Verhandlungen geschlossen und hielt die Zeit für Sanktionen für gekommen.

V. Vortrag von Prof. Anoush Ehteshami, Leiter der „School of Government and International Affairs“, zum Thema „Nuklearstrategie des Iran“

Quer durch alle iranischen Parteien – so leitete **Prof. Anoush Ehteshami** seinen Vortag ein – gebe es sowohl Gegner als auch Befürworter des Besitzes von Massenvernichtungswaffen. Noch sei die Debatte darüber in vollem Gange und ihr Ausgang werde ebenso von der Machtverteilung in der iranischen politischen Landschaft wie auch von der Reaktion des Westens auf die iranischen Nuklearpläne abhängen.

Diskussion

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) leitete die Diskussion mit der Frage ein, ob überhaupt noch Zeit für eine friedliche Lösung bleibe. **Prof. Ehteshami** entgegnete darauf, angesichts der Militarisierung des Iran erzeuge mehr Druck durch den Westen eher eine Verschärfung des Konflikts als eine Entspannung der Lage. Der Westen solle vielmehr durch Informationskampagnen im Iran auf die Bevölkerung einwirken und ihnen die Konsequenzen und Kosten des Nuklearprogramms vor Augen führen. Ob es überhaupt die Aussicht gebe, dass der Iran sein Nuklearprogramm aufgebe, wollte Abg. **Peter Viggers** (Vereinigtes Königreich) wissen. Dafür sah **Prof. Ehteshami** wenig Spielraum, erstens weil die iranische Bevölkerung Kernenergie favorisiere, und zweitens weil der Westen zu wenig Anreize biete, den Iran zum Umkehren zu bewegen. Abg. **Valeriu Buzea** (Rumänien) sah eine Möglichkeit, den Druck auf den Iran zu lockern, darin, dass die internationale Staatengemeinschaft sich stärker in Indien, Pakistan und Israel engagiert. **Prof. Ehteshami** bestätigte, dass Indiens und Pakistans Beitritt zum Nichtweiterverbreitungsvertrag ein enormer Fortschritt wäre. Auch Russland könnte dabei eine sehr konstruktive Rolle spielen.

VI. Entwurf einer Entschließung „Die Atompolitik des Iran“, vorgelegt vom Ausschussvorsitzenden Abg. Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Eingangs räumte der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) ein, dass es nicht üblich sei, während der Frühjahrstagungen der NATO PV Entschließungen einzubringen. In dem konkreten Fall, wenn also akute Probleme wie die Krise im Iran auftauchen, müsse die Versammlung ihre Stimme erheben. Ein Schwerpunkt der Entschließung liege in konkreten Vorschlägen zur Stärkung des Nichtweiterverbreitungsregimes, ein weiterer Fokus sei ihr Beharren auf diplomatischen Mitteln zur Beilegung des Konflikts.

Abg. **Guido Brignone** (Italien) äußerte grundsätzlich Zweifel daran, ob das Problem nicht zu gravierend sei, um von dem Wissenschaftsausschuss allein behandelt zu werden. Er forderte deshalb eine gründliche Befassung der Versammlung insgesamt. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) kritisierte unter Hinweis darauf, dass Demokratie auch die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen beinhalte, die Haltung seines italienischen Kollegen. Der **Ausschussvorsitzende** sekundierte seinem Landsmann und sagte, nichts wäre schlimmer, als wenn der Ausschuss zu diesem Problem schweige. Neun der 14 überwiegend von den russischen, rumänischen und polnischen Delegierten eingereichten Änderungsanträge wurden gebilligt, und anschließend verabschiedeten die Ausschussmitglieder die Entschließung einstimmig.

Mit einem Dank an seine Ausschusskollegen für ihre Mitarbeit schloss der Ausschussvorsitzende die Sitzung.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Sonntag, dem 28. Mai 2006, unter dem Vorsitz von Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit der Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, den Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina sowie mit dem Zivilschutz.

II. Podiumsdiskussion mit Botschafter Lubomir Iwanow, Ständiger Vertreter Bulgariens bei der NATO, und Ovidiu Dranga, Generaldirektor für Politische Angelegenheiten, rumänisches Außenministerium, zum Thema „Bulgariens und Rumäniens Perspektiven in der Schwarzmeer-Region“.

Botschafter **Lubomir Iwanow** wies darauf hin, dass es in Kiew ein neues Sekretariat für Zusammenarbeit gebe. Dieses beschäftige sich insbesondere mit Sicherheitsfragen an der östlichen, instabilen Grenze der NATO, der Terrorismusbekämpfung und dem Energiesektor. Er trat für ein weites Verständnis des Schwarzmeerraumes ein. Einige Länder der Region wünschten eine stärkere Integration in Europa, es bestünden aber weiterhin große wirtschaftliche Unterschiede. Der politische Dialog müsse verbreitert und vertieft werden, dies könne beispielsweise über die PfP-Programme geschehen. Hinsichtlich der so genannten frozen conflicts in der Region zeigte er sich gedämpft optimistisch. Insbesondere das Verhalten der Russischen Föderation sei unklar. Es bestehe ein sensibles Gleichgewicht zwischen nationalen und internationalen Interessen. Noch gebe es kein gemeinsames Vorgehen mit der NATO, um die Konflikte zu lösen. Eine gemeinsame Initiative müsse sich auf regionale Initiativen stützen. Ein breiterer Ansatz sei notwendig sowie mehr Zusammenarbeit auch zwischen der NATO und der EU.

Generaldirektor **Ovidiu Dranga** bezog sich auf die EU-Erweiterung, die zu einer Einbeziehung des Schwarzmeerraumes führe und daher einen neuen politischen Ansatz benötige. Eine Schlüsselrolle könne dabei Bulgarien zukommen, als Pforte des Westens. Wichtig sei ein gemeinsames und kohärentes Vorgehen. Man müsse drei Dimensionen beachten: Sicherheit, Demokratie und Wirtschaftsentwicklung. Die Instrumente müssten dabei sowohl international (NATO, EU, OSZE, Europarat) als auch regional sein. Die NATO müsse mehr für die Sicherheit in der Region tun, insbesondere das Instrument der Partnerschaften besser nutzen. Bereits auf dem NATO-Gipfel in Riga (Lettland) könnten neue, effizientere Partnerschaften geschaffen werden.

Diskussion

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob die regionalen Foren robust genug seien, woraufhin **Dranga** betonte, dass die bestehenden Instrumente angepasst werden müssten, um Instabilität zu vermeiden. **Iwanow** wies darauf hin, dass die „frozen conflicts“ gelöst und die demokratische Entwicklung vorangetrieben werden müssten. Eine Schwäche der Foren sei, dass es keine Verbindung zur NATO oder zur EU gebe. Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den Chancen eines EU-Beitritts Georgiens und einer entsprechenden Unterstützung durch Bulgarien und Rumänien. Nach Ansicht der NATO habe Georgien die Normen zwar noch nicht erfüllt, sei aber von strategischer Bedeutung. Sowohl **Iwanow** als auch **Dranga** lobten die Entwicklung Georgiens und betonten, dass sich die Stabilität Georgiens auf die ganze Region auswirke.

III. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Rahmen und Bereiche für eine Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Bert Middel (Niederlande)

Berichterstatter Abg. **Bert Middel** (Niederlande) wies darauf hin, dass der Schwarzmeerraum mit seinen demokratischen Bewegungen nicht nur die neue Grenze der EU darstelle, sondern auch die Brücke zu den Operationen der NATO in der Region sei. Auch aufgrund des neuen Interesses an Energiefragen und der damit verbundenen strategischen Position des Schwarzmeerraumes müssten diese Demokratien auf dem Weg zu einer neuen Identität gefördert werden. Mit Blick auf die NATO- und EU-Erweiterung legte er Wert darauf, dass zunächst eine regionale Zusammenarbeit entstehen müsse und dann erst das Bündnis relevant werde. Die „frozen conflicts“ könnten den Integrationsprozess aushöhlen. Zur Frage der Beziehungen zu den euro-atlantischen Einrichtungen erklärte er, dass Länder der Schwarzmeerregion bereits teilweise Mitgliedstaaten der EU seien, teilweise auch der NATO, während andere Länder zumindest Partner dieser Institutionen seien.

IV. Bericht des Abg. Frank Cook (Vereinigtes Königreich) über seinen Besuch in Bosnien und Herzegowina

Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) gab Eindrücke seiner Reise nach Dubrovnik, in die Umgebung von Mostar und nach Sarajewo wieder. Insbesondere berichtete er von einem Besuch bei einer römisch-katholischen Gemeinschaft, die seit zwölf Jahren unter den schwierigsten Bedingungen lebe. Die Angehörigen dieser Gemeinschaft, die sich in einer ursprünglich muslimischen Umgebung befindet, die jedoch nach den ethnischen Säuberungen römisch-katholisch ist, hätten nur Baumaterialien zur Verfügung gehabt, jedoch kein Einkommen. Nur in Kroatien könne man Geld verdienen, ansonsten sei man auf finanzielle Unterstützung von Familien angewie-

sen, die im Ausland leben. Zusätzlich bestehe ein interner Konflikt mit dem Bischof der Region. Aufgrund dieser Erfahrungen frage er sich, wie trotz des Wiederaufbauprogramms der EU die Existenz solcher Gemeinschaften möglich sei.

V. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Bosnien-Herzegowina: Perspektiven für die Zeit nach Dayton“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Vitalino Canas (Portugal)

Generalberichterstatter Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) wies auf die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen Bosnien-Herzegowinas mit der EU hin. Problematisch sei jedoch nach wie vor die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Derzeit existierten zwei Entitäten, auf deren Entwicklung die staatlichen Einrichtungen jedoch nur einen begrenzten Einfluss hätten. Entscheidungen würden auf lokaler Ebene getroffen. Die Vereinigung sei jedoch durch einen gemeinsamen Zoll bzw. eine gemeinsame Währung konsolidiert worden. Die Wirtschaft sei hingegen weiterhin schwach. Problematisch seien auch die hohe Arbeitslosigkeit sowie das reformbedürftige Bildungswesen. Die größten Veränderungen hätten auf dem Sicherheitssektor stattgefunden. Eine Berufsarmee sei gegründet worden und die EU setze die militärischen Bestimmungen des Dayton-Abkommens um. Weitere Kompromisse müssten jedoch getroffen werden. Die Zukunft müsse die volle euro-atlantische Integration bringen, dies setze jedoch eine Zusammenarbeit mit dem Jugoslawien-Tribunal in Den Haag voraus.

IV. Vortrag von Jean-Louis Bruguière, Erster Vizepräsident des *Tribunal de Grande Instance*, Paris, zum Thema „Die transatlantische Kooperation im Kampf gegen Terrorismus“

Nach Auffassung des Ersten Vizepräsidenten **Jean-Louis Bruguière** sprengt die Terrorismusbekämpfung den rechtlichen Rahmen, so dass neue Konzepte notwendig seien. Insbesondere die problematische Situation in Guantanamo zeige die Schwächen des Rechtssprechungssystems gegenüber dem Terrorismus. Im Gegensatz zur organisierten Kriminalität handele es sich bei der Terrorbekämpfung um einen globalen Krieg, bei dem es um politische und nicht um finanzielle Ziele gehe. Die Freiheit der Person kollidiere mit der nationalen Sicherheit. Das französische Rechtssystem sehe bereits bei logistischen Aktivitäten, die den Terrorismus unterstützen könnten, Sanktionen vor, die bis zu zehn Jahren Haft ermöglichten. Gerade die Logistik sei für die terroristischen Netzwerke nämlich entscheidend. Im Kampf gegen den Terror könne nicht mehr in den Kategorien Prävention und Repression gedacht werden, vielmehr sei eine Synergie zwischen den Nachrichtendiensten, der Polizei und den Gerichten notwendig. Die globale Bedrohung erfordere eine internationale Zusammenarbeit.

Diskussion

Auf die Frage von Senator **Lucio Malan** (Italien) nach den Auswirkungen des Irakkrieges auf den Terrorismus, antwortete **Bruguière,** dass dessen negative Auswirkungen auf den Terrorismus allseits bekannt seien. Die derzeitige Krisensituation im Irak sei eine Vorstufe zum Krieg. Viele Terroristen seien untergetaucht und neue Personen aufgetreten. Insgesamt habe eine Radikalisierung stattgefunden. Das Märtyrertum sei wichtiger geworden, wodurch die Bedrohung durch Selbstmordattentate zunehme. Abg. **Tchetin Kazak** (Bulgarien) fragte nach Problemen in der Terrorbekämpfung aufgrund der verschiedenen Ansätze der Vereinigten Staaten und der EU. **Bruguière** wies darauf hin, dass in den Vereinigten Staaten eine Debatte über die Verfassungsgrundsätze und Menschenrechte stattfinde, die insgesamt zu einer Stärkung der Rechtsstaatlichkeit führe. Problematisch seien jedoch von Amerikanern durchgeführte Folterungen auf dem Staatsgebiet anderer Nationen. Abg. **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) wies auf die Rolle der illegalen Einwanderer bei der Entwicklung von Terrorismus hin. **Bruguière** entgegnete, dass ein hoher Anteil von Immigranten nicht prinzipiell zu Terrorismus führe. Allerdings führten große Spannungen zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden zu einer Radikalisierung. Daher müssten die Visa-Politiken harmonisiert werden. In Afghanistan sei die massive Rückkehr der Taliban ein Problem. Selbstmordaktionen habe es zuvor in dem Land nicht gegeben. Abg. **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) sprach die Arbeit der Nachrichtendienste an, die ihrer Meinung nach reformiert werden müsse. Laut **Bruguière** funktioniere die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, so dass sie keinen institutionellen Rahmen brauche. Ein großer Fortschritt sei auch der europäische Haftbefehl.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfs über „Die NATO und der Zivilschutz“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erwähnte die NATO-Einsätze nach dem Hurrikan „Katrina“ in den USA und dem Erdbeben in Pakistan im Jahr 2005. Ein Einsatz in Java (Indonesien) stehe vielleicht bevor. Die NATO müsse ihre Rolle bei Naturkatastrophen und Terroranschlägen definieren. Militärische Gerätschaften seien bei zivilen Einsätzen von Vorteil. Die Rolle der NATO im Zivilschutz müsse aber immer subsidiär bleiben. Die Hauptverantwortung liege bei den betroffenen Staaten. Da die NATO immer mehr im Zivilschutz aktiv sei, müssten ihre Beziehungen zu den jeweiligen Behörden geprüft werden.

Minister **Dr. Ralf Stegner** (Deutschland) wies darauf hin, dass sich die NATO durch ihre Tätigkeit im Zivilschutz von ihrer ursprünglichen Rolle als militärisches Bündnis entferne und fragte nach der zukünftigen Rolle des Bündnisses. Zwar sei auf die Subsidiarität des Eingreifens der NATO hingewiesen worden, dennoch seien von Katastrophen oder Terrorismus zunächst die Nationalstaaten betroffen. **Lord Jopling** betonte, dass die NATO ihren Kurs

beibehalten werde und ein Militärbündnis bleibe. Er wies darauf hin, dass im Falle einer Katastrophe wohl jedes Land dankbar sei für eine Unterstützung durch die NATO.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, dem 28. Mai 2006, unter dem Vorsitz von Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen der Beratungen waren die Entwicklung im Süd-Kaukasus, die Lehren aus den derzeitigen Operationen der NATO, die Veränderungen in der US-Stationierungsstrategie im Ausland und deren Auswirkungen auf das transatlantische Bündnis sowie das Verhältnis der Franzosen zur NATO.

II. Vortrag von Dennis Sammut, Direktor des Londoner Informationsnetzwerks für Konflikte und Staatsaufbau, zum Thema „Wahlmöglichkeiten und Optionen der Länder des südlichen Kaukasus“

Direktor **Dennis Sammut** konzentrierte sich auf die Auswirkungen möglicher engerer Beziehungen Georgiens, Aserbaidschans und Armeniens zur NATO. Mit großer Wahrscheinlichkeit zögen stärkere Verbindungen zum westlichen Verteidigungsbündnis negative Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zu Russland nach sich. Dies müssten die betroffenen Länder unter allen Umständen berücksichtigen, da Moskau nach wie vor großen Einfluss auf die Region habe. Es komme vor allem darauf an, diese beiden Aspekte miteinander in Einklang zu bringen. Hinderlich für die Region und deren wirtschaftliche Entwicklung sei der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach. Eine Lösung dieses Problems könne andere positive Entwicklungen in Gang bringen.

Diskussion

Abg. **Vahit Erdem** (Türkei) betonte die Bemühungen Ankaras, die Region an die NATO anzubinden. Allerdings müsse Armenien seine aggressive Haltung gegenüber den Nachbarn aufgeben. Abg. **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) wies auf den großen Finanztransfer hin, der jährlich von Russland nach Georgien stattfinde. Die NATO müsse mögliche Folgen einer Einstellung der Transfers bedenken. **Sammut** entgegnete diesem Argument, dass der überwiegende Teil des von Russland nach Georgien fließenden Kapitals von in Russland lebenden Georgiern stamme.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Die Lehren der derzeitigen Operationen der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter **Julio Miranda Calha** legte seinen Schwerpunkt auf Afghanistan als die derzeit wichtigste Operation der NATO, berücksichtigte aber gleichzeitig Erfahrungen mit den Operationen in Pakistan, im Sudan und Irak. Seiner Auffassung nach gibt es in vielen Bereichen Verbesserungsmöglichkeiten, trotz der insgesamt positiven Bilanz in Afghanistan. Zu den Lehren der derzeitigen Operationen gehörten die Notwendigkeit größerer Interoperabilität, Flexibilität und Koordination mit anderen internationalen Organisationen.

Diskussion

Auch Abg. **Sven Mikser** (Estland) wies sowohl auf Fortschritte als auch weiterhin bestehende Probleme in Afghanistan hin. Die NATO-Truppen müssten vermeiden, in Situationen zu kommen, die den Rückhalt der Öffentlichkeit für diese wichtige Mission gefährden. Für Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) ist die veränderte Rolle der Frauen in Afghanistan besonders positiv zu vermerken. Er rief die Delegierten dazu auf, auf die Abschaffung der nationalen Vorbehalte hinzuwirken, da diese die Effektivität der NATO-Operationen behinderten. Abg. **Mario Palombo** (Italien) verlangte Aufklärung darüber, was die geforderte größere Flexibilität für die Truppen in Afghanistan bedeute. So, wie die NATO derzeit agiere, könne sie den Terrorismus nicht wirklich effektiv bekämpfen. Ein weiteres Problem sei die mangelhafte Zusammenarbeit der Geheimdienste der Mitgliedstaaten des Bündnisses.

IV. Vortrag von Professor John Kriendler, George C. Marshall European Center for Security Studies, zum Thema „Die Reform des NATO-Hauptquartiers“

Prof. **John Kriendler** betonte die Bedeutung der Reformierung des NATO-Hauptquartiers, um das Bündnis an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Obwohl das Thema schon lange auf der Tagesordnung stehe, sei der Erfolg bisher gering. Zu den bisher erzielten Fortschritten gehöre die Schaffung von Verbindungen zwischen dem internationalen zivilen mit dem militärischen Personal. Es seien aber weitere Maßnahmen nötig, um ein effizienteres Agieren der NATO zu ermöglichen.

Diskussion

Auf eine Frage der Abg. **Ana Maria Gomes** (Europäisches Parlament) zu den Koordinationsproblemen zwischen EU und NATO erklärte **Kriendler,** dass es trotz der erfolgreichen „Berlin Plus“-Vereinbarung Doppelungen und Wettbewerbselemente zwischen den beiden Organisationen gebe. Abg, **Claude Bachand** (Kanada) äußerte Bedenken, das Personal im Hauptquartier könne größere Bedeutung erlangen als die Ausstattung der verschiedenen Operationen des Bündnisses. Daraufhin erwiderte **Kriendler,** entgegen dieser Befürchtung sei das internationale Personal nicht ausgeweitet worden und müsse dennoch zusätzliche Aufgaben stemmen. Lediglich einige Hundert Experten für die einzelnen Bereiche arbeiteten in Brüssel.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Der Wandel bei der Vornedislozierung des US-Militärs und die Auswirkungen auf das transatlantische Bündnis“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)

Der von Berichterstatter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) vorgelegte Berichtsentwurf beschäftigte sich mit den Auswirkungen der veränderten Militärpräsenz der Vereinigten Staaten in Gebieten außerhalb der Vereinigten Staaten und deren Auswirkungen auf die transatlantische Zusammenarbeit. Die Veränderungen beruhten auf einer neuen Analyse der gegenwärtigen Sicherheitslandschaft. Es gehe darum, die Reaktionsfähigkeit auf kurzfristige Entwicklungen zu verbessern. Im Zuge dieser Umstrukturierungen werde eine Reduzierung der Präsenz amerikanischer Truppen in Europa vorgenommen. So sei geplant, die US-Truppen in Deutschland auf 70 000 zu reduzieren. Dies dürfe aber nicht als Ausdruck der Haltung gegenüber der NATO verstanden werden. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten bereiteten sich darauf vor, den kommenden Herausforderungen des Bündnisses effektiver zu begegnen.

Diskussion

Sir John Stanley (Vereinigtes Königreich) sprach zwei Regionen an, die nicht in dem Berichtsentwurf behandelt worden seien: China und der Indische Ozean. Die entscheidende Frage sei die amerikanische Truppenpräsenz in der Umgebung von Taiwan. Nach Auffassung von Abg. **Tiny Kox** (Niederlande) sehen sich die Vereinigten Staaten in einem Kampf gegen gewalttätigen Extremismus, während die Niederlande eine solche Auseinandersetzung nicht empfänden. Er fragte, ob die Stationierung zusätzlicher Truppen in Osteuropa nicht die Stabilität der Region gefährde.

VI. Vortrag von General Henri Bentegeat, Stabschef der französischen Streitkräfte, zum Thema „Frankreich und die NATO“

General **Henri Bentegeat** betonte, da die NATO unerlässlich sei, bleibe Frankreich ihr sehr verhaftet. Sein Land sei an einem starken und glaubwürdigen Bündnis interessiert. Gleichzeitig habe Frankreich viele Erwartungen an die NATO, schließlich sei Solidarität keine Einbahnstraße. Er betonte die starke Unterstützung der NRF durch Frankreich, für die sich allerdings die Truppengenerierung schwierig gestalte. Dafür sei die Interoperabilität auf gutem Wege. Leider bestehe die NRF im Wesentlichen aus europäischen Truppen. Insgesamt gebe es im Zusammenhang mit der schnellen Eingreiftruppe viele, schwer einzuschätzende Risiken. Bentegeat betonte, Frankreich stelle sich den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und sei auch bereit, mehr Geld für die Verteidigung auszugeben und ein höheres Risiko einzugehen. Mit Blick auf die Zusammenarbeit der NATO mit der EU rief er dazu auf, jeglichen Wettbewerb zwischen beiden Organisationen zu vermeiden. In Darfur (Sudan) zeige sich bereits im täglichen Ablauf, welche Bedeutung die Kooperation beider Organisationen habe.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die Rolle der NATO in der Region des Südkaukasus“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Aufgrund der Besonderheiten der Süd-Kaukasus-Region (Energievorkommen, Drogenhandel, Terrorismus) sowie unterschiedlicher Interessen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan sei die Region Süd-Kaukasus für die NATO ein besonders schwieriges Terrain, erklärte Berichterstatter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich). Die Ziele des NATO-Engagements seien Demokratisierung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die NATO übe durch verschiedene Formen von Partnerschaften Einfluss aus. Das zukünftige Engagement der transatlantischen Gemeinschaft werde nachhaltige Auswirkungen auf die Entwicklung der Region haben. Das Ziel müsse sein, positive Langzeitbeziehungen zu allen drei Staaten aufzubauen. Zu Georgien erläuterte Cook, die internen Konflikte mit abtrünnigen Regionen (Ajara, Südossetien, Abchasien) sowie deren Unterstützung durch Russland hätten eine destabilisierende Wirkung. In Armenien gebe es große Probleme mit der Arbeitslosigkeit und der Korruption. Dafür habe das Land gute Beziehungen zu Russland, das der wichtigste Handelspartner und Energielieferant sei. Daher strebe das Land im Gegensatz zu Georgien keine NATO-Mitgliedschaft an. Hinderlich für eine friedliche Entwicklung sei der Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach. Aserbaidschan erfreue sich zunehmender Bedeutung als Öl- und Gasexporteur. Dies könne die Entwicklung demokratischer Strukturen sowohl hemmen als auch fördern.

Diskussion

Abg. **Ziyafat Asgarov (**Aserbaidschan) forderte zur Lösung des Konflikts in Berg-Karabach die Beachtung des internationalen Rechts. Das Gebiet, in dem Armenien militärisch interveniert habe und das es versuche zu kontrollieren, sei Teil des aserbaidschanischen Staatsgebiets. Somit seien 20 Prozent des aserbaidschanischen Staatsgebiets von Armenien besetzt. Die Folge seien eine Million Flüchtlinge. Nach Meinung von **Mher Shageldyan** (Armenien) bemüht sich sein Land um Frieden und Verhandlungen, während Aserbaidschan Kriegsrhetorik verlauten lasse. Baku nutze die zusätzlichen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft, um das eigene Militär aufzurüsten. Dies sei nicht förderlich für die Stabilität der Region.

Ständiger Ausschuss (SC)

Der Ständige Ausschuss tagte am Montag, dem 29. Mai 2006, unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abg. **Pierre Lellouche** (Frankreich).

I. Politische Themen

Der Ständige Ausschuss verabschiedete zwei Erklärungen, und zwar zu Georgiens Beziehungen zur NATO und zur Unterstützung der NATO-Mitgliedschaft von Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Eine vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie verabschiedete Entschließung hat sich der Ständige Ausschuss nicht zu Eigen gemacht. Auf der Basis des Berichts der Arbeitsgruppe „Reform der Arbeit der NATO PV“ beschlossen die Abgeordneten Änderungen der Geschäftsordnung.

II. Entwurf einer Erklärung zu den Beziehungen Georgiens zur NATO

Der Ständige Ausschuss verabschiedete den Entwurf einer Erklärung, mit der die Fortschritte Georgiens seit der Rosen-Revolution im Jahr 2003 anerkannt werden und die Perspektive einer Mitgliedschaft in der NATO als Anreiz für weitere Reformen bezeichnet wird. Gleichzeitig wird die Russische Föderation dazu aufgerufen, eine konstruktivere Rolle bei der Lösung der Konflikte in Süd-Ossetien und Abchasien zu spielen. Die Regierungen der Mitgliedsländer des Bündnisses werden gebeten, den Dialog mit Tiflis zu intensivieren.

Vor der Beschlussfassung argumentierte Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), die Lösung der internen Konflikte in Süd-Ossetien und Abchasien müsse zur Voraussetzung für die weitere Integration in die euro-atlantischen Strukturen gemacht werden. Er betonte, die NATO müsse vermeiden, dass diese Konflikte in das Bündnis getragen werden. Gleichzeitig dürfe die Allianz der Russischen Föderation kein Veto gegen einen möglichen Beitritt Georgiens geben.

III. Entwurf einer Erklärung zur Unterstützung der NATO-Mitgliedschaft von Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

Mit dieser Erklärung ruft der Ständige Ausschuss die Regierungen dazu auf, auf dem kommenden NATO-Gipfel in Riga Signale für die mögliche Mitgliedschaft dieser drei Länder zu geben und deren Aufnahme im Jahr 2008 ernsthaft zu erwägen, falls die Reformen weiter vorangebracht werden. Außerdem sollen die Länder stärker in ihren Bemühungen unterstützt werden, Korruption und organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Die Delegierten nahmen zwei Änderungsanträge von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) an, wonach mit der Erklärung die gleichwertige Bedeutung aller drei Länder betont wird und die Achtung der Menschenrechte und Rechte der Minderheiten explizit gefordert werden. Außerdem schloss sich der Ausschuss dem Antrag von Abg. Meckel an, das Fortführen des Reformkurses in Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als Bedingung für den Aufbau engerer Beziehungen zu nennen.

IV. Entwurf einer Entschließung zur Nuklearpolitik des Iran des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie

Mit dieser Entschließung fordert der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie unter anderem, alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, um den Iran dazu zu bringen, das Programm zur Anreicherung von Uran abzubrechen und alle Fragen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu beantworten. Der Ständige Ausschuss entschied, sich diese Entschließung nicht zu Eigen zu machen. Die Delegierten argumentierten mehrheitlich, die NATO und damit auch die Versammlung dürften in den laufenden Verhandlungen mit dem Iran keine Rolle spielen. Nach Auffassung von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) ist eine entsprechende Aussage des Wissenschaftsausschusses angebracht, nicht aber des Plenums der Versammlung. Eine Involvierung der NATO in den Atomkonflikt mit dem Iran wäre kontraproduktiv für die Verhandlungen. Er rief den Wissenschaftsausschuss dazu auf, sich für eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Verhandlungen auszusprechen. Mehrere Delegierte befürchteten, eine Involvierung der NATO könne der iranische Präsident Ahmadinedschad innenpolitisch ausnutzen.

V. Bericht der Arbeitsgruppe zur Reform der NATO-Versammlung

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), stellte die Ergebnisse der im November 2005 auf der Herbsttagung in Kopenhagen eingesetzten Arbeitsgruppe vor. Zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe gehöre, die Aktivitäten der Versammlung stärker auf politische Prioritäten auszurichten. Zu diesem Zweck schlage sie vor, dass jeder Ausschuss zu Jahresbeginn Richtlinien für die Arbeit der Unterausschüsse festlegt, die ihrerseits vom Ständigen Ausschuss genehmigt werden müssen. Dies betreffe sowohl die zu behandelnden Themen als auch die Aktivitäten. Über kurzfristige Änderungen der Themen oder Aktivitäten solle das Präsidium befinden, betonte Nolin. Zu den weiteren Vorschlägen der Arbeitsgruppe gehöre es, den Parlamentarischen Ausschuss NATO-Russland aus den Tagungen zu trennen und pro Jahr jeweils ein Treffen in Moskau und eines in Brüssel abzuhalten.

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) sprach sich dafür aus, auch auf den Frühjahrstagungen Entschließungen und kürzere Ausschussberichte zu verabschieden. Nur so könne die Aktualität der Arbeit der Versammlung verbessert werden.

Der Ständige Ausschuss beschloss, die neuen Bestimmungen ab sofort zu beachten. Entsprechende Änderungen der Geschäftsordnung sollen auf der Herbsttagung in Quebec (Kanada) verabschiedet werden.

VI. Die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat

Nach dem Sieg der Hamas bei den Wahlen in den Palästinensergebieten im Januar 2006 muss der Ständige Aus-

schuss entscheiden, wie er die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat (PLR) gestalten will. Der Vorsitzende der Sondergruppe Mittelmeer, Abg. **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) sprach dafür, dass die Versammlung normale Beziehungen zur Hamas aufbaut und unterhält. Diese Forderung lehnte Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) ab. Der Ausschuss entschied, den gegenwärtigen Status des PLR beizubehalten und die Sondergruppe Mittelmeer in ihren Überlegungen zu unterstützen, im Rahmen eines Besuchs Kontakt zum Palästinensischen Legislativrat aufzunehmen.

IV. Beziehungen zum Europäischen Parlament

Nach Angaben von Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) haben die Delegierten des Europäischen Parlaments den Wunsch, an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses teilzunehmen. Seiner Meinung nach müssten Mitglieder der Versammlung im Gegenzug beispielsweise zu den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments eingeladen werden. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) sprach sich dafür aus, die praktische Zusammenarbeit beider Organisationen zu stärken. So könne auf Ausschussebene, praktiziert durch den Politischen Ausschuss der Versammlung, zusammengearbeitet werden.

Der **Präsident** fasste die Diskussion so zusammen, dass die Versammlung abwarten will, ob das Europäische Parlament Mitglieder der NATO PV zu Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses und zu weiteren Veranstaltungen einlädt. Sollte dies der Fall sein, könne über eine Intensivierung der Beziehungen nachgedacht werden.

Erster Teil der Plenarsitzung

Am Freitag, dem 26. Mai 2006, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Pierre Lellouche** (Frankreich) der erste Teil der Plenarsitzung der Versammlung statt.

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zu den wichtigsten Rednern gehörten der Präsident der Versammlung, Abg. **Pierre Lellouche** (Frankreich), der ukrainische Außenminister **Boris Tarasjuk** und der weißrussische Oppositionsführer **Alexander Milinkewitsch.**

II. Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Pierre Lellouche (Frankreich)

Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass – wie bei der Herbsttagung im November 2005 in Kopenhagen beschlossen – zum ersten Mal eine Plenarsitzung zu Beginn der Tagung stattfinde. Seine Ansprache begann er mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die vor 51 Jahren zum ersten Treffen der NATO-Parlamentarier geführt habe. Er machte auch auf die Wiederholung der Geschichte aufmerksam: bereits 1954 sei der Versuch einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft an der Ablehnung Frankreichs gescheitert, vor fast genau einem Jahr schließlich sei auch die EU-Verfassung von der französischen Bevölkerung abgelehnt worden.

Anschließend erläuterte er den aktuellen Stand des Reformprozesses des Bündnisses vor dem NATO-Gipfel in Riga (Lettland) Ende November 2006. Die NATO habe die geopolitischen Veränderungen überlebt und eine grundlegende Rolle bei der Friedenssicherung eingenommen, vor allem in der Balkanregion und in Afghanistan. Neue Kapazitäten seien geschaffen worden, insbesondere die NATO-Eingreiftruppe (NRF). Nach den Erweiterungswellen 1999 und 2004 müssten auch die nächsten Beitrittsaspiranten bei ihren notwendigen Reformen unterstützt werden, um mehr Sicherheit und Stabilität in Europa zu ermöglichen. Das Bündnis sei offen für Beitritte, insbesondere Georgien und der Ukraine müssten deutliche Signale gegeben werden. Problematisch sei weiterhin die Funktion der NATO, diesbezüglich müsse eine Entscheidung getroffen werden. Die NATO könne, wie es die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte, „das Herz der transatlantischen Beziehungen“ darstellen, sich aber auch zu einer weltweiten Sicherheitsagentur entwickeln, wie es der Generalsekretär der NATO, Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) formulierte. Gemäß US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld könne sie aber auch in die „zweite Reihe“ zurücktreten. Auch die Neutralität des Bündnisses sei immer wieder ein Thema. Gerade in Europa führten diese Fragen zu einer Unsicherheit der Allianz gegenüber, die sich auf die Erweiterung sowohl der NATO als auch der EU auswirke.

Der Präsident ging im Folgenden auf die Beziehungen Frankreichs zur NATO ein, die anfangs nicht einfach gewesen seien, da Frankreich gezögert habe, Souveränitätsrechte abzugeben. Seit den Veränderungen nach Ende des Kalten Krieges und den vermehrten so genannten out of area-Einsätzen des Bündnisses sei Frankreich jedoch einer der wichtigsten Beitragsleister in der NATO und habe insbesondere auch auf dem Balkan und in Afghanistan schmerzhafte Erfahrungen gemacht. Man habe daraus die Lehre gezogen, dass die Vereinigten Staaten auf die weltweiten He-rausforderungen nicht alleine reagieren könnten, ebenso sei eine europäische Verteidigung ohne die Vereinigten Staaten nicht möglich. Eine enge Partnerschaft und Kooperation sei somit unabdingbar.

Abschließend informierte der Präsident über die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung. Nach seiner Wahl in Venedig im Herbst 2004 habe er sich fünf Prioritäten gesetzt: den transatlantischen Dialog, die Zivilverteidigung, die Einbeziehung der muslimischen Welt, die Lösung der bestehenden Konflikte, insbesondere im Kaukasus, und die Konsolidierung Osteuropas in enger Zusammenarbeit mit der OSZE. Mit Blick auf den transatlantischen Dialog bedauerte er, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Sondergruppe Mittelmeer mitarbeiten, die Schlüsselthemen wie den Friedensprozess im Nahen Osten diskutiere. Als weitere Schwerpunkte der Arbeit der Versammlung nannte er die Beziehungen zu Russland, die Energiesicherheit, den Streit über das

Nuklearprogramm des Iran, die wachsende Macht Chinas, die NATO-Reform sowie die interne Reform der Versammlung.

III. Ansprache von Boris Tarasjuk, Außenminister der Ukraine

Zu Beginn seiner Ansprache verlas Außenminister **Boris Tarasjuk** eine Nachricht von Viktor Juschtschenko, dem Präsidenten der Ukraine. Dieser dankte für die Unterstützung bei den Wahlen am 26. März 2006. Die Ukraine leiste mit ihren transparenten und demokratischen Wahlen ihren Beitrag zur Erweiterung und Konsolidierung eines neuen euro-atlantischen Raums der Demokratie und der Sicherheit. Die europäische und euro-atlantische Integration sei auch das Ziel der Ukraine. Der Beitritt zur NATO oder zur EU werde die Demokratie weiter fördern und der ganzen Region Sicherheit und Stabilität bringen. Daher hoffe er auf eine Einladung zur Teilnahme an einem Aktionsplan für die Mitgliedschaft (MAP) in naher Zukunft. **Tarasjuk** drückte seinen Stolz über die fortschreitende Demokratisierung in der Region aus. Dennoch existierten noch Hindernisse, insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Auch wenn die „Orangene Revolution“ nach ersten Fortschritten einige Rückschläge habe erleiden müssen und nicht direkte positive Veränderungen in allen Lebensbereichen gebracht habe, so habe sie doch zur Stärkung der Zivilgesellschaft beigetragen. Die Wahlen im März seien kennzeichnend für den großen, demokratischen Fortschritt gewesen, nun müsse man bei der Regierungsbildung Verantwortung für das Land übernehmen. Die laufenden Verhandlungen der drei politischen Kräfte seien voraussichtlich Mitte Juni beendet.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion äußerte sich Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) positiv zu der „Orangenen Revolution“ und der laufenden Regierungsbildung und fragte nach der Bevölkerung im Osten des Landes. **Tarasjuk** bestätigte, dass seit den Wahlen 2004 die Gesellschaft geteilt sei. Die Situation habe sich aber dramatisch verändert, seit kein Meinungsmonopol mehr und gleicher Zugang zu Informationen bestehe. Der ehemalige Regierungschef Viktor Janukowitsch habe zwar eine wichtige Stellung, aber es gebe auch eine Opposition. Ziel sei eine konstruktive Kooperation.

Abg. **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) fragte nach den Folgen eines möglichen NATO-Beitritts der Ukraine, insbesondere in militärischer Hinsicht. **Tarasjuk** stellte fest, dass die Russische Föderation eine ähnliche Auffassung vertrete wie die Opposition in der Ukraine und Argumente gegen einen Beitritt suche. Die Ukraine entwickle ein eigenes Militär, auch in Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation. Eine solche Kooperation dürfe aber nicht auf Drohungen oder Druck beruhen. Abg. **Anatoly Semenschenko** (Russische Föderation) fragte nach der Reaktion der Ukraine, falls in einem Referendum der NATO-Beitritt abgelehnt werde. Zudem erkundigte er sich nach der Schwarzmeerflotte. **Tarasjuk** wies darauf hin, dass ein Referendum für einen Beitritt zur NATO nicht verpflichtend sei, die Opposition habe mit falschen Unterschriften ein Referendum erreichen wollen. Die Ukraine werde ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Schwarzmeerflotte erfüllen. Die Russische Föderation versuche jedoch, entgegen des bis 2017 laufenden Vertrages ihre Flotte kostenlos in der ukrainischen Hafenstadt Sewastopol zu halten. Für einen NATO-Beitritt stelle die Flotte kein Hindernis dar, es handele sich um ein rein bilaterales Abkommen mit der Russischen Föderation.

Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob das Vertrauen Europas in die Russische Föderation als Energielieferant berechtigt sei. Nach Ansicht **Tarasjuks** war die Gaskrise Anfang dieses Jahres ein Weckruf für die Ukraine, aber auch ganz Europa. Man habe daraus Lehren gezogen. Alle Beteiligten – Eigentümer, Lieferanten und Abnehmer – müssten die Spielregeln einhalten. Eine unabhängige Energieversorgung müsse gesichert werden, hierfür müsse eine nationale, aber auch internationale Energiestrategie entwickelt werden. Die Ukraine werde ihre Gaslieferungen reduzieren. Da insgesamt zu viel Energie verbraucht werde, müsse gespart werden. Die Ukraine werde auf eigene Energiequellen wie die Erdgasproduktion, aber auch Kohle zurückgreifen, um nicht nur auf einen Lieferanten angewiesen zu sein.

IV. Ansprache von Alexander Milinkewitsch, Führer der Opposition „Vereinigte Demokratische Kräfte“ in Weißrussland

Vor der Ansprache drückte der Präsident der Versammlung **Pierre Lellouche** (Frankreich) seine Bewunderung angesichts des hohen Risikos aus, das der Oppositionspolitiker mit seiner Anwesenheit in Paris eingehe. **Alexander Milinkewitsch** bedauerte zunächst, dass die offizielle Verbindung der NATO mit Weißrussland seit zehn Jahren unterbrochen sei, seit das Referendum in Weißrussland gefälscht worden sei und das Regime von Präsident Alexander Lukaschenko herrsche. Weißrussland sei als assoziiertes Mitglied der NATO PV gestrichen worden, trotzdem erhalte die Delegation des Landes noch Einladungen von der Versammlung, der Weißrussland zu Recht große Bedeutung beimesse. Politische Gegner des Landes seien verschwunden, die Wahlen international nicht anerkannt worden. Nur Demokratie könne für Stabilität sorgen. Die weißrussische Regierung behaupte, die Opposition sei antirussisch, dies treffe jedoch nur insoweit zu, als die Opposition die Unabhängigkeit anstrebe. Auch unter einer Diktatur seien 15 Jahre Unabhängigkeit jedoch nicht vergebens. Die euroatlantische Kooperation und das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) führten zu einer förmlichen Annäherung. Die Opposition stehe der NATO positiv gegenüber. Eine Isolierung des Regimes Lukaschenko hielt **Milinkewitsch** für nicht ausreichend, sie stelle sogar einen Fehler dar. Kontakte seien insbesondere für die Zivilgesellschaft notwendig.

Diskussion

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) drückte in der anschließenden Diskussion seine Hochachtung für den Kampf des Oppositionsführers aus. Da eine Isolation

durch den Westen als kontraproduktiv bezeichnet wurde, fragte er, was man abgesehen vom Einfrieren von Geldern und der Verweigerung von Visa zur Unterstützung noch tun könne. **Milinkewitsch** betonte, dass er gegen Maßnahmen sei, die sich gegen Personen richteten. Wirtschaftliche Sanktionen würden nur die Bevölkerung treffen, man müsse aber gerade den unterdrückten Menschen helfen. Da die Medien kontrolliert seien, seien insbesondere Informationen wichtig, beispielsweise über das Internet oder Satellit. Auch Abg. **Nikolai Kamov** (Bulgarien) dankte dem Oppositionsführer für seinen Mut. Die OSZE habe während der Wahlen in Weißrussland Schlimmes gesehen, Vertreter der NATO PV seien zur Beobachtung überhaupt nicht zugelassen worden. Er fragte nach den Folgen für die Verhafteten der Protestbewegung.

Zweiter Teil der Plenarsitzung

Am Dienstag, dem 30. Mai 2006, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV**, Pierre Lellouche** (Frankreich) der zweite Teil der Plenarsitzung der Versammlung statt.

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zu den wichtigsten Rednern des zweiten Teils der Plenarsitzung gehörten der NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer,** die französische Verteidigungsministerin **Michèle Alliot-Marie**, der Oberste Alliierte Befehlshaber Europas (SACEUR) **General James L. Jones,** der georgische Präsident **Michail Saakaschwili** und der aserbaidschanische Präsident **Ilham Alijew.**

II. Ansprache von Jaap de Hoop Scheffer, Generalsekretär der NATO und Vorsitzender des Nordatlantikrates

Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** bezog sich in seiner Rede auf den politischen und militärischen Zustand des Bündnisses und auf die Operationen der NATO im Vorfeld des NATO-Gipfels in Riga (Lettland). Dabei betonte er die Bedeutung der Operationen, die am sichtbarsten seien. Gerade diesbezüglich seien wichtige Entscheidungen zu treffen. Die derzeit wichtigste Mission der Allianz sei der Einsatz in Afghanistan. Hierfür forderte er die volle militärische und politische Unterstützung. Auch der Einsatz des Bündnisses im Kosovo sei noch verbesserungswürdig. Mit Blick auf die politischen Aktivitäten der NATO sprach er das PfP-Programm an, das zu mehr Stabilität und Sicherheit führte, sowie die Mitgliedschafts-Aktionspläne (MAP) für Albanien, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Einen weiteren Schwerpunkt legte er auf die Entwicklung von Georgien und der Ukraine. Zudem pflege die NATO gute Beziehungen zu Ländern des Mittelmeerraums sowie zu Australien und Japan. Ein erster Akzent müsse auf den Nahen Osten gesetzt werden. In militärischer Hinsicht betonte er, dass eine schnelle Reaktionsfähigkeit der Streitkräfte notwendig sei. Weitere Kapazitäten müssten entwickelt werden, um zum Beispiel auch beim Wiederaufbau länger vor Ort sein zu können. Auf der Agenda des kommenden Gipfels in Riga stehe das Verhältnis des Bündnisses zur EU, zu den VN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Russischen Föderation. Außerdem müsse der politische Dialog der Mitgliedstaaten erweitert werden. Die nationalen Parlamente hätten die wichtige Aufgabe, sich beim Verteidigungshaushalt zu engagieren, für einen schnelleren Einsatz der Streitkräfte zu sorgen und mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

III. Ansprache der französischen Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie

Auch Verteidigungsministerin **Michèle Alliot-Marie** bezog sich bei ihrer Ansprache auf den NATO-Gipfel in Riga, der sich mit der Umstrukturierung des Bündnisses beschäftigen werde. Sicherheit und Stabilität seien heute weltweit u. a. von Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und regionalen Konflikten sowie von den Auswirkungen illegaler Einwanderung, Pandemien, der Ressourcenknappheit und der fortschreitenden Umweltzerstörung bedroht. Es sei zwar nicht Aufgabe des Bündnisses, Lösungen für alle Probleme zu finden; wenn der Sicherheitssektor betroffen sei, sei aber die NATO zuständig. Insbesondere Artikel 5 des Washingtoner Vertrages ziele auf eine garantierte, kollektive Sicherheit. Diese Aufgabe bestehe auch noch nach Ende des Kalten Krieges. Daher müsse man sich ihr weiterhin stellen, sich dabei aber auf das Wesentliche konzentrieren und langfristig denken. Die NATO müsse effiziente Instrumente für ihre militärischen Aktionen zur Verfügung haben. Erfolgreiche Abschlüsse der wichtigsten Operationen des Bündnisses, der Einsätze in Afghanistan, dem Kosovo, dem Irak und in Darfur (Sudan) seien von großer Bedeutung. Zur Optimierung ihrer Tätigkeit müsse die NATO ihre Kapazitäten verbessern. Dies sei durch die Gründung der NRF bereits in Angriff genommen worden. Die militärische Ausstattung sei jedoch grundsätzlich Sache der Mitgliedstaaten – dies werde auch so bleiben. Eine Schlüsselaufgabe für die Allianz sei aber die Interoperabilität der Streitkräfte. Für eine erfolgreiche Arbeit des Bündnisses sei es zudem wichtig, die eigenen Kapazitäten nicht durch die Übernahme zu vieler Missionen zu strapazieren. Der zivile Wiederaufbau sei nicht Aufgabe des Bündnisses, da für diese Tätigkeit andere Organisationen besser geeignet seien. Schließlich dürfe die Verteidigungspolitik der EU nicht als Konkurrenz zur NATO angesehen werden, sondern als Stärkung des Bündnisses und seiner Einsatzfähigkeit. Abschließend wies die Verteidigungsministerin darauf hin, dass sich das Bündnis in Riga nicht als Organisation präsentieren dürfe, die für die weltweite Verbreitung der Demokratie zuständig sei und dabei die Konfrontation mit dem Nahen Osten, China oder der Russischen Föderation suche.

IV. Gemeinsame Sitzung der NATO PV und des Nordatlantikrats

Bei der gemeinsamen Sitzung der NATO PV und des Nordatlantikrats wurden die Transformation und die Erweiterung der NATO, die Operationen des Bündnisses,

das Verhältnis der NATO zur EU, die Energieversorgung sowie die Schließung von Stützpunkten in Island durch die Vereinigten Staaten thematisiert. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) betonte die Notwendigkeit eines erfolgreichen Abschlusses der aktuellen Operationen und fragte, ob die Erarbeitung eines neuen strategischen Konzepts des Bündnisses zur Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen nötig sei. Seit der Entwicklung des letzten strategischen Konzeptes 1999 habe sich die weltweite Lage durch die Anschläge vom 11. September 2001, aber auch durch die große Erweiterung der NATO grundlegend verändert. Botschafterin **Viktoria Nuland** (Vereinigte Staaten) stellte ein neues strategisches Konzept zum 60. Jahrestag der Gründung der NATO im Jahr 2009 in Aussicht.

V. Ansprache von General James L. Jones, Oberster Alliierter Befehlshaber Europas (SACEUR)

Der Oberste Befehlshaber Europa (SACEUR), General **James L. Jones,** ging auf den Zustand und die Perspektiven des Bündnisses ein. Die NATO-Gipfel in Prag 2002 und in Istanbul 2004 hätten bereits zu einer Transformation des Bündnisses geführt. Militärisch sei diese schon erfolgreich, die Umwandlung müsse jedoch noch weitergehen und entscheidende Fähigkeiten entwickelt werden. Der Gipfel in Riga sei eine weitere Möglichkeit zur militärischen und politischen Transformation. Die neuen Herausforderungen einer kollektiven Sicherheit erforderten neue Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. Institutionelle Reformen seien notwendig, um auch über einen längeren Zeitraum einsatzfähig zu sein. Insbesondere die Logistik für *out of area*-Einsätze müsse verbessert werden. Problematisch sei, dass vielerorts die Mittel reduziert würden. Abschließend betonte der er die zunehmende Bedeutung der NATO, die lebenswichtig sei für die kollektive Sicherheit.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) nach einer aktuellen Bewertung der Lage in Afghanistan, insbesondere nach dem Wiedererstarken der Taliban und den geplanten weiteren Truppenstationierungen. General **James L. Jones** wies darauf hin, dass bisher die ersten beiden Stufen des ISAF-Einsatzes im Norden und Westen des Landes vollzogen seien. Die Zusammenarbeit mit der *Operation Enduring Freedom* bei der Ausweitung der Operation nach Süden werde ohne Probleme funktionieren.

VI. Erklärungen betreffend Georgien und betreffend Albanien, Kroatien und die ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

Die Versammlung nahm per Akklamationen die vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Erklärungen zu Georgien (Anlage 1) und zu Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (Anlage 2) an.

VII. Ansprache des Präsidenten der Republik Georgien, Michail Saakaschwili

Zu Beginn seiner Ansprache bedankte sich Präsident **Michail Saakaschwili** bei der Versammlung für die Erklärung zu Georgien, die die Moral in seinem Land stärke. Er betonte die wichtige Rolle der NATO PV als Forum für den internationalen parlamentarischen Dialog über Sicherheitsfragen sowie politische und wirtschaftliche Angelegenheiten. In Georgien habe ein Wandel zu einer gesunden und offenen Demokratie stattgefunden. Trotz der geographischen Lage im Südkaukasus und am Schwarzen Meer bestehe auch eine starke europäische Identität. Georgien garantiere Europas Sicherheit am östlichen Ufer des Schwarzen Meers. Eine Grundlage für Sicherheit sei Stabilität. Diese werde u. a. durch demokratische Strukturen erreicht. Die Integration Georgiens in das Sicherheitssystem des Westens beruhe auf der Beziehung zur NATO. Die weitere Integration in das Bündnis werde zu größerer europäischer und euro-atlantischer Sicherheit führen. Nur zusammen könne man die schwierigen Herausforderungen unserer Tage bewältigen.

Gemeinsam könne man auch Fragen der Energiesicherung angehen. Der Präsident wies darauf hin, dass Georgien nicht nur die Brücke zu Zentralasien und dem Nahen Osten sei, sondern auch das Herz der Energieversorgung Europas. Sein Land wolle seine Rolle als Transitland für Energie ausbauen, um mehr Wettbewerb zu erreichen und die Energieversorgung verlässlicher und sicherer zu machen. Im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wie auch in anderen Bereichen wolle Georgien die EU durch enge Zusammenarbeit unterstützen. Gemeinsam müsse man auch die „frozen conflicts“ in Abchasien und Südossetien angehen. Die engere Einbeziehung Georgiens in den Rahmen euro-atlantischer Sicherheit verbessere die Perspektiven für anhaltenden Frieden und Stabilität.

Diskussion

In der folgenden Diskussion fragte Abg. **José Lello** (Portugal) nach den wirtschaftlichen Problemen Georgiens, insbesondere infolge der Embargos der Russischen Föderation. Zudem wollte er wissen, wie ein besserer Dialog mit Abchasien und Südossetien erreicht werden könne. Abg. **Wladimir Schirinowski** (Russische Föderation) verglich die Konflikte in Georgien mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien und sagte eine ähnliche Entwicklung voraus. Zu den Preisen für Erdgas erklärte er, diese würden vom Lieferanten bestimmt. **Saakaschwili** erklärte, dass die Embargos hart für die Wirtschaft des Landes seien und die Wettbewerbsfähigkeit behinderten. Die angesprochenen Konflikte würden jedoch künstlich am Leben gehalten. Er forderte die Politiker der Russischen Föderation dazu auf, bei einer Einbeziehung in den transatlantischen Dialog auch die gemeinsamen Werte zu beachten.

VIII. Ansprache des Präsidenten der Republik Aserbaidschan, Ilham Alijew

Präsident Ilham Alijew betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der Sicherheit im südlichen Kaukasus für den Frieden und die Stabilität in der gesamten Region. Aserbaidschan sei durch die Teilnahme am PfP mit der NATO verbunden und die Zusammenarbeit sei gut. Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes bewertete er positiv. Bei der immer wichtiger werdenden Frage der Energieversorgung werde Aserbaidschan seinen Beitrag leisten. Problematisch sei jedoch der Konflikt mit Armenien um Berg-Karabach. Das Territorium gehöre zu Aserbaidschan und sei von Armenien besetzt worden, das ethnische Säuberungen durchgeführt habe. Dies habe zu einer humanitären Katastrophe geführt. Eine auf dem internationalen Recht basierende Lösung sei dringend notwendig.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion sprach Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) Berichte vom amnesty international über Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan an. Präsident **Alijew** verwehrte sich gegen diese Vorwürfe. Sie beruhten auf falschen Informationen und seien politisch motiviert. Die Wahlen seien entsprechend des internationalen Rechts abgehalten worden und es gebe keine politischen Gefangenen. Alle vom Europarat als solche bezeichneten Personen seien freigelassen worden. Aserbaidschan sei ein modernes, demokratisches Land. Abg. **Mher Shageldyan** (Armenien) forderte Verhandlungen über den Konflikt in Berg-Karabach, um einen Kompromiss zu finden .Es gehe nicht um das Gebiet, sondern um die Bevölkerung. Die Menschenrechte und das Völkerrecht, insbesondere das Territorialitätsprinzip, müssten berücksichtigt werden. Präsident **Alijew** wies darauf hin, dass das Gebiet Berg-Karabachs völkerrechtlich eindeutig zu Aserbaidschan gehöre. Es gebe auch keine Probleme mit der Bevölkerung, sondern nur mit Separatisten sowie mit Terrorismus und organisierter Kriminalität.

Markus Meckel, MdB	Volker Bouffier, Staatsminister
Leiter der Delegation	Stellvertretender Leiter der Delegation

Anlage 1

Erklärung

betr. **die Beziehungen Georgiens zur NATO der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom Ständigen Ausschuss vorgelegt und am 30. Mai 2006 in Paris (Frankreich) verabschiedet.**

Die Versammlung,

1. ***in Anbetracht*** der äußerst beträchtlichen Fortschritte, die Georgien seit der Rosenrevolution 2003 bei der Umsetzung der politischen und wirtschaftlichen Reformen und der Reform des Sicherheitssektors gemacht hat, welche für eine engere Einbindung in die euroatlantischen Institutionen notwendig sind;

2. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Aussichten auf eine NATO-Mitgliedschaft weiterhin ein wichtiger Anreiz dafür sind, diese Fortschritte einzuleiten;

3. ***nachdrücklich darauf hinweisend,*** dass das Bündnis für diejenigen Länder offen ist, die seine Werte teilen und seine Normen erfüllen, und dass die Erweiterung des Bündnisses oder eine enge Anbindung an das Bündnis ein wichtiger Beitrag zur europäischen Sicherheit und Stabilität waren und es auch weiterhin bleiben werden;

4. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Reform der wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsinstitutionen in Georgien ein langwieriger Prozess ist und dass die von der Führung an den Tag gelegte Entschlossenheit ein wichtiger Indikator für die Weiterentwicklung zu einer Mitgliedschaft in den euroatlantischen Institutionen ist;

5. ***in Anerkennung*** von Georgiens Wunsch, sich so bald wie möglich zu einem Aktionsplan für die Mitgliedschaft zu verpflichten und schließlich der NATO beizutreten;

6. ***mit Genugtuung*** über die Bereitschaft Georgiens, seine Streitkräfte an der Seite derer der NATO-Mitgliedstaaten in schwierigen und potenziell gefährlichen Situationen einzusetzen;

7. ***in Anerkennung*** der beträchtlichen Fortschritte, die Georgien bei der Erreichung der in seinem Individuellen Partnerschaftsaktionsplan (IPAP) festgelegten Ziele erreicht hat;

8. ***besorgt darüber,*** dass die ungelösten Konflikte in den Regionen Südossetien und Abchasien weiterhin eine Spannungsquelle in der Region darstellen;

9. ***feststellend,*** dass Russland in Anbetracht seiner Rolle in den gegenwärtigen Verhandlungsrahmen eine konstruktivere Rolle bei der Lösung dieser Konflikte spielen sollte;

10. die jüngsten Abkommen über den Abbau der russischen Militärbasen und den Rückzug der russischen Truppen aus Georgien als einen positiven Schritt ***begrüßend***, sowie ***unter erneutem Hinweis*** auf die Bereitschaft der Parlamentarischen Versammlung der NATO, eine Rolle zu spielen, indem sie zur internationalen Überwachung des russischen Rückzugs beiträgt;

FORDERT die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF,**

a. positiv zu entscheiden, so bald wie möglich und vorzugsweise bis zum Sommer 2006 einen verstärkten Dialog mit Georgien einzuleiten;

b. Georgien technische Hilfe bereitzustellen, um seine Integration in die euroatlantischen Institutionen zu beschleunigen;

c. dabei zu helfen, für beide Seiten akzeptable Lösungen für die ungelösten Konflikte zu finden, die die Region heimsuchen.

Anlage 2

Erklärung

betr. **die Unterstützung einer NATO-Mitgliedschaft für Albanien, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien[1] der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom Ständigen Ausschuss vorgelegt und am 30. Mai 2006 in Paris (Frankreich) verabschiedet.**

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung*** der beträchtlichen Fortschritte, die Albanien, Kroatien und die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien im Hinblick auf die Erreichung des Ziels einer NATO-Mitgliedschaft erzielt haben, was auf dem Rose-Roth-Seminar, das vom 22. bis 24. April 2006 in Tirana, Albanien, stattfand, deutlich gemacht wurde;

2. ***mit Genugtuung*** über die Verpflichtung der drei Länder, ihre demokratischen Institutionen, die Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft zu stärken und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf ihrem Staatsgebiet zu gewährleisten;

3. ***in Anerkennung*** der Herausforderungen, die die allgemein verbreitete Korruption und das organisierte Verbrechen für die Stabilität der Region darstellen, sowie der Entschlossenheit, dieser Bedrohung entgegenzuwirken, wie sie vom Ministerpräsidenten Albaniens, Sali Berisha, und der Präsidentin des albanischen Parlaments, Jozefina Topali, auf dem Rose-Roth-Seminar der Versammlung im April 2006 in Tirana zum Ausdruck gebracht wurde;

4. ***in Anerkennung*** der entscheidenden Rolle, die Albanien, Kroatien und die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien bei der Lösung der Statusfrage des Kosovo und beim Aufbau regionaler Stabilität sowie der Garantie des Schutzes der Menschenrechte und Minderheitenrechte spielen werden; sowie

5. ***überzeugt davon,*** dass – sollten sie den Gang ehrgeiziger Reformen fortsetzen – eine Einladung an Albanien, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien zum Beitritt zur NATO nicht später als 2008 ernsthaft erwogen werden sollte, und dass auf dem NATO-Gipfel in Riga im November 2006 Signale in diese Richtung gegeben werden sollten;

6. ***bekräftigt,*** Albanien, Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien jede nur mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen bei der Erreichung ihres Ziels einer NATO-Mitgliedschaft und insbesondere bei ihrem Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen.

[1] Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333